

ersch. 14 Tage mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Einzelst. 48 Pf. + 12 Pf. Porto. Monatslohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + 50 Pf. Porto. Vierteljahr 1,40 Mk. + 1,50 Pf. Porto. Halbjahr 2,80 Mk. + 3,00 Pf. Porto. Jahreslohn 5,60 Mk. + 6,00 Pf. Porto. Die abnehmenden Mißmeterpreise ob. deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsbewerbungen 6 Pf. **Beilage**: Die dreifachfarbige Mißmeterzeile ab. deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluß d. Inseratenannahme in d. Hauptredaktion 8 Uhr; in d. Filialen am Tage vorher bis spät. 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 200 00.  
**Verlagsbüro:** Breslau 544, Woblasten Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. **Verlag:** der Redaktion von 12-18 Uhr. **Verlagsbüro:** Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. **Verlagsbüro:** Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag, 12. Tel. 194 00. **Verlag:** Sonntag, 6. Tel. 2384. **Verlag:** 8-19 Uhr. **Verlag:** Hauptredaktion Breslau, Kreuzberg Str. 50. **Verlag:** Hauptredaktion Breslau, Kreuzberg Str. 50.

## Verständigung mit Polen über die Grenzzwischenfälle — Gemeinsame Front gegen das Arbeiter-Rußland — Krieg dem drohenden Kriege!

Breslau, 30. Juli. Wir erinnern uns noch, wie anlässlich des Stahlhelmaufmarsches in Breslau Dösterberg in seiner Ansprache, die programmatisch sein sollte, gegen Polen mit dem Säbel rassist, die Rückgabe von Polnisch-Oberschlesien forderte und den Satz prägte: „Deutschlands Zukunft liegt im Osten.“ Der Eindruck, als seien die deutschen Kapitalisten tatsächlich entschlossen, den Gegenatz zu den polnischen Kapitalisten mit stärkeren Mitteln auszutragen, vertiefte sich, als hintereinander mehrere Grenzzwischenfälle passierten. Jedesmal rassistete die deutschnationalen, „Schlesische Zeitung“ mit dem Säbel und schürte gegen Polen.  
Wir wiesen schon damals darauf hin, daß wohl zwischen den deutschen und polnischen Kapitalisten Gegensätze bestehen, daß aber der Satz „Deutschlands Zukunft liegt im Osten“ nicht auf Polen, sondern auf Sowjetrußland geprägt war, daß der Gegenatz zwischen dem kapitalistischen Deutschland und dem kapitalistischen Polen geringer ist, als der Gegenatz zwischen dem sozialistischen Rußland und dem kapitalistischen Polen und Deutschland gemeinsam. Heute verbreitet die gesamte schlesische Presse eine offizielle Regierungsmeldung, die unsere Behauptung von damals vollumfänglich bestätigt. Die Meldung nimmt zu den Grenzzwischenfällen Stellung und besagt u. a.:  
„Die behauerlichen letzten Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze, von denen einige sogar Verluste von Menschenleben zur Folge hatten, haben zu einer Vereinbarung zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über eine gemeinsame abschließende Prüfung des Tatbestandes durch je einen Delegierten der

beiden Außenministerien geführt... Außerdem haben die beiden Regierungen Maßnahmen getroffen, um einer Wiederholung solcher Zwischenfälle vorzubeugen. Insbesondere ist den beiderseitigen Grenzbeamten die Ueberschreitung der Grenze ohne besonderen Dienstauftrag und ohne vorheriges Benehmen mit den Grenzbehörden des anderen Teiles grundsätzlich verboten worden. Auch sind sie angewiesen worden, bei Beobachtung der Vorschriften über den Grenzverkehr, insbesondere derjenigen über den Besitz von Grenzausweisen, jede unnötige Härte gegenüber der zivilen Bevölkerung zu vermeiden. Schließlich haben die örtlichen Behörden Weisungen über eine Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden des anderen Teiles bei etwa vorkommenden künftigen Grenzzwischenfällen erhalten.“  
Na, also! Wer aus dem Lager der irregulierten Anhänger der Nationalisten glaubte, daß er bald Gelegenheit haben wird, „streichlich Polen zu schlagen“, der irrt sich. Die deutschen Kapitalisten haben die Absicht, gemeinsam mit Polen gegen Rußland zu ziehen, in der Hoffnung, dadurch die Krise ihrer Länder zu überwinden.  
Werttätige, antwortet mit dem verschärften Kampf gegen die Kriegsgefahr, mit dem verschärften Eintreten für die Verbrüderung mit den Werttätigen jenseits der Grenze, mit dem verschärften Eintreten für ein Wirtschaftsbündnis mit der Sowjetunion, für den Schutz des Arbeiter-Rußlands.  
Heraus am 1. August zur Demonstration gegen Krieg und seinen Wegebereiter, den Faschismus!  
Heraus am 3. August zu den Grenztreffen in Militisch, Ramslau, Fraustadt, Liebau und Seidenberg!

## Amsterdam — und der imperialistische Krieg

Was wurde in Stockholm beschlossen?  
Die Verlegung des Sitzes des IGB. aus der französischen Einflußsphäre nach Young-Deutschland erfolgte dank der Unterstützung der englischen Gewerkschaften. Die Verlegung des Sitzes ist eines der Ergebnisse der Young-Plan-Verhandlungen, in deren Verlauf sich die sozialfaschistische Bürokratie Deutschlands als ein besonders eifriger Büttele nicht nur des einheimischen, sondern auch des internationalen Finanzkapitals erwies.  
Gleichzeitig mit der Verlegung des Sekretariats nach Berlin wurde in Stockholm eine Reihe anderer organisatorischer Fragen behandelt. Die Ergebnisse sind bisher nicht veröffentlicht; wir können den Charakter dieser Verhandlungen nur aus den vorbereitenden und begleitenden Pressestimmen erschließen.  
Der Stockholmer Kongreß stand vor einer schwierigen Aufgabe. In einer Zeit, in der alle Widersprüche der imperialistischen Staaten untereinander mit elementarer Gewalt zutage treten und jeder von ihnen auf die Gelegenheit zum vernichtenden Schlag gegen seinen Partner lauert, berieten die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokraten, diese Kettenhunde ihrer eigenen Bourgeoisie, über ihren „leitenden organisatorischen Zusammenschluß“. Der Versuch eines festen organisatorischen Zusammenschlusses gegen die Arbeitermassen ist ein notwendiger Bestandteil der Faschisierung des reformistischen Gewerkschaftsapparates. Er bereitet u. a. die Militarisierung der Gewerkschaften, ihre unmittelbare Mobilisierung zum Zweck der kapitalistischen Vaterlandsverteidigung vor. Der Streit über die Formen, in denen er sich international vollziehen soll, spiegelt aber ganz ebenso die allgemeinen Tendenzen der imperialistischen Politik wieder, wie ihre tiefere innere Beschaffenheit.  
Die Bourgeoisie, insbesondere der an Kolonialer Ausbeutung am meisten und unmittelbarsten interessierten Länder, nimmt es ihren Amsterdamer Kollegen sehr übel, daß sie in den Kolonien zu ihnen noch kein hinreichend wirksames Werkzeug zur Unterdrückung der eigenen Maschinengewehre und Bombenwerfer, die die Arbeitermassen dieser Werkzeuge, bzw. seine ungenügende Verwendung hat sich als eine besonders empfindliche Lücke angelächelt. Die revolutionären Ausschümpfungen fast in allen Kolonialgebieten erwecken die englischen Gewerkschaften das Verlangen nach einer Reorganisation des IGB. auf der Basis der Berufs-Sekretariatsvor, die an Stelle der Landeszentralen die Grundpfeiler der internationalen nationalen bilden sollten. Die einzelnen Gewerkschaften jedes Landes müßten damit isoliert und unabhängig von einander dem IGB. unterstellt. Dieser Umbau wurde ausdrücklich mit der Notwendigkeit des Fußfassens in den Kolonialgebieten begründet. Anders als die nationalen, besonders die deutsche, deren Bourgeoisie über keinen kolonialen Eigenbesitz verfügt, waren gegen diesen Vorschlag die Vertreter der Notwendigkeit des verstärkten Einflusses der Landeszentralen, der zur Verbreiterung der Einflußsphäre der eigenen Bourgeoisie ausgenutzt werden kann. Allerdings läuft damit die organisatorische Festigung zunächst Gefahr, sich auf eine Verstärkung des internationalen Apparates zu reduzieren. Die verstärkten Kollisionsbildungen zwischen den gewerkschaftlichen Landeszentralen der einzelnen Staaten ins Leben zu rufen und grundsätzlich zu erleichtern. Es wurde deshalb ein Zentralismus „auf föderativer Grundlage“ vorgeschlagen, die Zusammenfassung von Landeszentralen mit gemeinsamen Interessen in einem besonderen Sekretariat. Als erste unter den so projektieren Kollisionsbildungen innerhalb der Amsterdamer Internationale finden wir — an der Grenze der Sowjetunion (!) bereits heute einen Zusammenschluß der baltischen Länder.  
Daneben hat aber der Stockholmer Kongreß auch unmittelbar „Friedensarbeit“ geleistet. Das entsprechende Referat hielt Jouhaug, der Vertreter der französischen Gewerkschaften, der bereits eine gewisse Stellung darin hat, derartiges kurz und bündig zu erledigen (es wird berichtet, daß sein auf dem vorangegangenen Kongreß — Paris 1927 — gehaltenes Referat über den gleichen Gegenstand genau fünf Minuten währte). Es ist derselbe Jouhaug, der noch im März d. J. der gemeinsamen „Abrüstungskonferenz“ der Vorstände der S.A.F. und des IGB. in Brüssel fernblieb, weil diese Konferenz im Zeichen der Unterstützung der britischen „Arbeiter“-Regierung und des englischen Imperialismus angefaßt war. Die französischen Widerstände gegen die Bestrebungen Mac Donalds auf der Londoner Flottenkonferenz Einpruch erhob. Die von ihm vorgeschlagene und einstimmig angenommene Resolution tritt für den Frieden ein, indem sie sich die in gleicher Richtung gehenden „Bestrebungen der Regierungen zu eigen“ machte.  
Den Hauptteil seiner „Friedensarbeit“ leistete aber der Kongreß im letzten Punkt seiner Tagesordnung: „Die Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie.“ Zwar mußte der Referent, des englischen Gewerkschaftler Dick, sich von dem Jünger Post in freundschaftlicher Art vorhalten lassen, daß er vergessen habe, unter den Ländern ohne Demokratie Indien zu erwähnen. Post richtete — nach dem Bericht des „Vorwärts“ — einen Appell an die englische Arbeiterpartei und die englische Arbeiterregierung, die Gelegenheit, wo sie an der Macht seien, auszunutzen, um für die kritische Arbeiterschaft etwas zu tun. Man kann sich vorstellen, mit welchem Entsetzen die Genossen Mac Donalds diesen „Appell“ entgegennahmen. Dagegen hielt es keiner der anwesenden Kolonialvertreter auf diesem Kongreß für nötig, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien auch nur zu erwähnen.  
Neuerdings wird besonders darauf hingewiesen, daß der Ausschümpfung in der Sowjetunion eine Gefahr für die Wirtschaft der kapitalistischen Länder sei. So soll der Boden für den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet werden.  
Es ist notwendig, daß die deutsche Arbeiterpartei jetzt den Amsterdamer noch schärfer als bisher auf die Finger zeigt, daß jeder Klassenbewußte Gewerkschaftler alles einsetzt, um die Millionenmassen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vom unheilvollen Einfluß der Amsterdamer Führer zu befreien und für die rote Arbeiterpartei zu gewinnen.

## Den Gaspistolen folgen Gaspistiken

Breslau, 30. Juli. Zu unseren Meldungen, die auch in unseren Bräuderblättern veröffentlicht wurden, über die Ausrüstung der Polizei mit Gaspistolen, verbreitet die bürgerliche Presse folgende Meldung: „Türige Zeitungen brachten in den letzten Tagen Meldungen, wonach die preußische Polizei mit Gasausrüstung ausgestattet worden sei oder ausgestattet werden soll. Wie hierzu Bericht vom Preussischen Innenministerium mitgeteilt wird, ist geplant, bei der preussischen Polizei versuchsweise Gaspistiken einzuführen. Verschiedene Vorfälle in letzter Zeit, wo beispielsweise Verbrecher sich verbarriadiert hätten, böten zu dieser versuchsweisen Ausrüstung der Polizei, die im übrigen im Einverständnis der Entente bzw. der Vorkonferenz erfolgt, Veranlassung. Mit Hilfe der Waffe soll lediglich erreicht werden in Fällen, wie den oben angeführten, die Verbrecher kampfunfähig zu machen. Lediglich die Kriminalpolizei habe das Recht, diese Waffe in Anwendung zu bringen. Für Straßenkämpfe komme die Gaspistike selbstverständlich nicht in Frage.“  
Na, wir glauben, daß die Gaswaffen nur von der Kriminalpolizei und nur gegen kriminelle Verbrecher angewandt werden. Wie dürfte es der Polizei auch einfallen, sie gegen revolutionäre Arbeiter anzuwenden...

findet sich in der Wahlnummer des „Roten Wähler“ ein Artikel „Und schon blüht der Wahlschwandel“, in dem die Wahlparolen der Sozialdemokraten an Hand ihrer wirklichen Politik im Reichstag untersucht werden. Ferner enthält die Nummer die Fortsetzung der Darstellung über den Abbau der Arbeitslosenversicherung durch die SPD. und Brüning. Ein Gedicht von Erich Weichert, Redeblüten aus dem Reichstag sowie zahlreiche Dokumente, Zitate und Anträge machen die Wahlnummer besonders lebendig.  
Keine Partei ist in der Lage, ein solch glänzendes und schlagendes Material zu bieten, wie es diesmal im „Roten Wähler“ zu finden ist. Es kommt nur darauf an, daß dieses Material in möglichst viel Hände kommt und von allen Referenten, Parteifunktionären und Mitgliedern überall ausgeteilt wird.  
Bestellungen des „Roten Wähler“ können erfolgen bei: Herbert Firl, Berlin (Zeitschriften-Verlag). Der Einzelpreis der Zeitung beträgt 10 Pfg.

## Das Breslauer Reichsbanner auch für Brüning

Das Breslauer Reichsbanner hielt gestern bei schwachem Besuch eine Generalversammlung ab, in der Landrat Kranold-Sprottau sprach. Zum bevorstehenden Wahlkampf erklärte er, daß das Reichsbanner auch fernerhin alle „republikanischen Parteien unterstützen werde“. Das heißt also, daß die Reichsbannerarbeiter auch zur Unterstützung des Zentrums, der Partei des Diktaturfanagers Brüning, mißbraucht werden sollen. Landrat Kranold ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Seine Rede entlarvt die Scheinheißigkeit der sozialdemokratischen Opposition gegenüber dem Bürger-Mod.

## Hitlers neues Streifbrecherorgan

Hitler geht mit gebrochenen Gliedern in den Wahlkampf. In Sachen steht er nach der Abwendung der Strasser-Gruppe ohne ein einziges Organ. Jetzt hat Hitler bei den Industriellen um Finanzen gebittelt, die ihm bereitwillig für seine Streifbrecherdienste gegeben wurden. Am tiefsten hat mal wieder der Industrielle Mutzmann in seinen Geldbeutel gegriffen. Bei dem Streik der Bomag in Plauen hat er gesehen, welch gute Streifbrecherdienste die Wodostaffeln der Hitler-Partei den Unternehmern leisten. Mit den Unternehmern wird Hitler nun ein eigenes sächsisches Organ aufmachen. Der Kampf zwischen den einzelnen sächsischen Hitler-Gruppen wird sich dadurch noch verschärfen.

Ein Schriftsteller namens Hall-Dalfern, „1. Vorsitzender der Deutschen Staatspartei“, reklamiert nach der Gründung der Deutschen Staatspartei den Namen für die gleichnamige Gründung, die er selbst vor längerer Zeit vorgenommen habe und die bereits vereinsgefehllich eingetragen worden sei. — Sic!

## „Der Rote Wähler“

Die erste Wahlnummer ist soeben erschienen!  
„Der rote Wähler“ erscheint diesmal in verstärkter Auflage, als besondere Wahlnummer. Der Inhalt ist dementsprechend zusammengestellt. Auf der ersten Seite steht ein Offener Brief an den Finanzminister Dietrich, in dem an Hand reicher Beispiele die wirkliche Interessenpolitik des deutschen Reichstages zugunsten des deutschen Finanzkapitals aufgezeigt wird. Dazu ergänzend ist eine unpassende Aufstellung über die Zusammenfassung der bürgerlichen Fraktionen im Reichstag gegeben. An vollständig abgeschlossenen Seiten enthält der „Rote Wähler“ eine Seite über „Das soziale Gesicht des Zentrums“, eine Seite über „Die Nationalsozialisten als letzte Reserve des Kapitalismus“, eine Seite über „Die Wirtschaftspartei“, eine weitere Seite über die sozialdemokratische Zollwucherpolitik. Außerdem be-

## Grenztreffen am 3. August

Unterbezirk Breslau in Militisch, Unterbezirk Ohlau in Ramslau, Unterbezirk Grünberg, Sagan, Liegnitz in Fraustadt, Unterbezirk Riesengebirge, Schweidnitz, Waldenburg in Liebau, Unterbezirk Görlitz und Zittau in Seidenberg.  
Ortsgruppen, habt ihr schon Zeitungen und Broschüren für die Grenztreffen bestellt? Alle Ortsgruppen rechnen am Schluß des Grenztreffens sofort mit den Vertretern der KPD. die Abzeichen ab.

# Zentrum droht SPD mit Fußtritt in Preußen

## Prälat Kaas erklärt in der Vorstandssitzung des Zentrums: Die Artikel-48-Diktatur dient zur Erziehung des Volkes Weitere Massenausplünderung angekündigt

Berlin, 29. Juli. (Eig. Bericht.)

Western tagte im Reichstag die Vorstandssitzung der deutschen Zentrumspartei. Auf dieser Tagung drohte der Zentrumsführer, Prälat Kaas, die Preußenkoalition zu sprengen, falls die SPD nicht ihre Kritik an Brüning und der Zentrumspartei aufhebe. Die Redner, Prälat Kaas und Geh, verteidigten zynisch die faschistische Hungerungs- und Diktatur mit dem Artikel 48. Sie wagten sogar zu erklären, daß die Artikel-48-Diktatur zur Erziehung des Volkes (!) diene. So bewies das Zentrum, daß es weiter gewillt sei, als stärkste treibende Kraft im Prozeß der Faschisierung der Herrschaftsmethoden der deutschen Bourgeoisie voranzuschreiten.

Prälat Kaas erklärte in seiner Rede:

„Ich hoffe, daß die Sozialdemokratische Partei wenigstens in ihren führenden Kreisen sich darüber keinen Täuschungen hingibt, daß in Zukunft in Preußen die Koalitionspolitik zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit wird, wenn innerhalb der Reichspolitik derartige Vorgänge (Abkündigung gegen die Notverordnungen. Die Red.) sich wiederholen sollten.“

Der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion, Abg. Geh, gab daraufhin folgende Erklärung ab:

„Ich möchte heute mit allem Ernst und Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß es für die preußische Zentrumsfraktion einfach unerträglich ist, wenn der zum Teil ganz hemmungslos und vor allem innerlich vollkommen unwahrhaftige (!) Kampf so weitergehen soll, wie er jetzt seitens der Sozialdemokratie

gegen das Zentrum und den Reichskanzler Dr. Brüning geführt wird. Wenn die Sozialdemokratie nicht endlich zu einer grundsätzlichen Wende nicht nur ihrer Kampfart, sondern auch ihrer ganzen politischen Arbeitsmethode (!) zu kommen vermag, wird eine Zusammenarbeit mit ihr zur Unmöglichkeit.“

Das Zentrum ist seiner Sozialdemokratie, mit der es in Preußen die Ministerkette, und im Reichsbanner die Führung stellt, so sicher, daß es diesen Stiefelkern sogar die geringste Kritik an der Zentrumspolitik einfach verbietet.

In seiner Rede mußte Prälat Kaas ein Bild der tiefen Weltwirtschaftskrise und besonders der Wirtschaftskrise in Deutschland entwerfen. Es sei eine Illusion, zu glauben, so erklärte er, „man könne in Infinitum“ (Ins Unendliche. Die Red.) soziale Versprechungen machen“. Er kündigte dann weitere Angriffe auf die werktätigen Schichten an und sprach diese wahrhaft christlichen Worte aus, daß man auch vor solchen Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfe, die zum mindesten vorübergehend (!) harte Opfer für gewisse Berufsstände bedingen, darunter leider (!) auch für solche, die an sich schwer unter ihrem niedrigen Lebensstande leiden.“

Die Aus Hungierung des Volkes mit dem Diktatur-Artikel 48 verteidigte Kaas ganz im Stille des rücksichtslosen Unternehmerglaubens. Er kündigte an, daß das Zentrum, ob mit oder ohne Artikel 48, auf normalem oder anormalem Wege im Interesse des deutschen Volkes (!) das Hungerungsprogramm Brünings durchzuführen wird, die Anwendung des Artikels 48 diene zur „Beredelung und Disziplinierung“ des Parlamentarismus.

Im Verlaufe seiner Rede führte Kaas aus, daß die Kommunistische Partei die einzige sei, die konsequent die Zentrumspartei bekämpfe.

# Strafexerzieren anstatt Arbeit und Brot

Hamburg, 29. Juli. (Eigenbericht.) Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wandsbek bei Hamburg hat an die Wohlfahrtsempfänger ein Schreiben verfaßt, in dem es wörtlich heißt:

„Die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützung wird bis auf weiteres von der täglichen Teilnahme an sportlichen und turnerischen Übungen abhängig gemacht. Wir fordern Sie daher auf, sich am Mittwoch, dem 23. d. M., morgens 8 Uhr, bei dem Übungsleiter, Herrn Tamm, am Wärfertshaus auf dem Sportplatz Friedrichshöh, Wandsbeker Str. 165, zu melden. Im Übrigen haben Sie die Anordnungen des Übungsleiters zu befolgen. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützung mit sofortiger Wirkung eingestellt.“

Militärisches Strafexerzieren für die hungernden Erwerbslosen bei Androhung von Unterstützungsperre, um sie als Kanonenfutter für den kommenden Krieg vorzubereiten! Eine treffende Selbstentlarvung des verrotteten kapitalistischen Nordsystems. Den Kriegstreibern aber werden die Erwerbslosen durch grandiose Antikriegsausmärsche am 1. August unzweideutig zu verstehen geben, daß sie keine willigen Opfer für die Schlachtbänke der imperialistischen Mörder sind. Und am 14. September werden die Erwerbslosen ihre Stimme für die Liste 4 der einzigen Partei geben, die ihnen den Weg zeigt, Arbeit und Brot zu erkämpfen.

# SPD.-Arbeiter für Sieg der Liste 4

Berlin, 29. Juli. (Eig. Bericht.)

In einer öffentlichen SPD.-Versammlung im W. Nordwest gab der SPD.-Arbeiter Hauke folgende Erklärung ab:

Folgende Tatsachen geben für mich den Anlaß, meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei, der ich seit 1925 angehöre, zu vollziehen:

Der dauernde Verrat an den Arbeiterinteressen in den Parlamenten, sei es im Reichstag, Landtag oder in der Stadtverordnetenversammlung, die Haltung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in den letzten Wirtschaftskämpfen im Mansfelder Gebiet und im Bezirk Nordwest, der blutige Polizeiterror der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gegenüber der Arbeiterklasse.

Ich vollziehe gleichzeitig meinen Übertritt in die Kommunistische Partei Deutschlands und fordere alle Arbeiter der SPD. und des Reichsbanners auf, aus dieser Verräterpartei auszutreten und der KPD., der einzigen Arbeiterpartei, beizutreten und ihr zum Wahlsieg zu verhelfen.

gez.: Otto Hauke, Mühlenthor.

Am Sonntag haben ebenfalls zwei sozialdemokratische Arbeiter, die als Delegierte der Betriebs Norddeutsche Kabelwerke und Glashütte Köpenick dem Bezirkskongreß der KPD. beiwohnten, ihren Eintritt in die KPD. vollzogen.

# Der Reichshungerminister in der Zollwucherpartei

Die bürgerliche Presse meldet, daß der Reichshungerminister Schiele, der vor wenigen Tagen aus der Deutschen nationalen Partei ausgetreten ist, jetzt zur Zollwucherpartei, die sich überraschenderweise immer noch Landbund nennt, übergetreten sei.

Was der ebenfalls kürzlich aus der Jugenberg-Partei ausgetretene württembergische Landesminister Bagillo für eine Wahl getroffen hat, bleibt vorläufig sein Geheimnis.

# Sowjetrussisch- türkischer Freundschaftsvertrag verlängert

Moskau, 28. Juli. Zwischen dem stellvertretenden Außenminister Karahan und dem Botschafter der türkischen Republik, Hülse, hat heute der Austausch des Ratifikationsurkunden zu dem am 17. Dezember 1920 in Ankara unterzeichneten Protokoll über die Verlängerung der Gültigkeit des am 17. Dezember 1925 in Paris abgeschlossenen Freundschafts- und Neutralitätsvertrages statt. Das Protokoll ist durch diesen Austausch in Kraft getreten.

# Die Drahtzieher des Parteien-Umbaues

# Die Deutsche Giftgas-Partei

## Giftgas, Kurzsattel und Ordenskrenz als Symbole der Deutschen Staatspartei — Konkurrenzkampf und Scholz's Deutsche Reichspartei

Die neugegründete Deutsche Staatspartei, in der sich die Wölfe und das Ordenskrenz der faschistischen Art und Weise verkleiden, enthält sich von allem als eine politische Erklärung, die vorwiegend unter der Führung der Deutschen Chemikerkunft (S. 2. 2. 2.) steht. Führende Leute der S. G. Farben wie Dr. H. Bergius und Fritz Haber gehören zu den Gründern dieser Partei. Die neue Partei ist eine Partei des Giftgases, der Rüstungsindustrie, der imperialistischen Kriegsvorbereitung.

Das Haber-Bosch-Verfahren zur Herstellung von Luft-Stickstoff befähigte bekanntlich die deutsche Oberste Heeresleitung, während des Weltkrieges, unabhängig von Chile-Salpeter, genügend Salpetersäure und Sprengstoffe zu produzieren. Ludwigshafen und Leuna sind die Chemiefabriken, in denen der Stickstoff produziert wird, der mit Leichtigkeit aus seiner Verwendung als Düngemittel in die Sprengstoffproduktion für den Kriegsjahr umgestellt werden kann.

Gegen die Machtstellung des Giftgaskonzerns der Deutschen Staatspartei, Haber und Bergius tobt seit einiger Zeit der Konkurrenzkampf der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die sich im Ruhrgebiet eine eigene Stickstoffindustrie aufzubauen bemüht. In Castrop-Rauxel hat der Klöcknerkonzern eine Stickstofffabrik gebaut, und in Sterkrade ist im letzten Jahre ein riesiges Chemiewerk des Stahlwerks im

Bau. Der Konkurrenzkampf zwischen den Schwerkapitalisten an Ruhr und am Rhein und dem Chemietrust findet auch beim gegenwärtigen faschistischen Parteienumbau der Bourgeoisie seine politische Widerspiegelung.

Obwohl die allgemeine Tendenz der Bourgeoisie auf Bildung einer allgemeinen Artikel-48-Partei geht, hemmen diese ökonomischen Gegensätze noch die sofortige Bildung einer solchen faschistischen Trustpartei. Herr Scholz, Führer der Deutschen Volkspartei des rheinisch-westfälischen Trustkapitals, will vielleicht eine eigene Deutsche Reichspartei gründen, um die Wahlkreise der Deutschen Volkspartei bei den erbitterten bürgerlichen Wählern aufzuhalten. Es ist aber damit zu rechnen, daß ein Teil der volksparteilichen Abgeordneten, die der verzerrten Industrie nahesteht, oder wie Moldehauer, in engen Beziehungen zu dem Chemietrust stehen, noch vor Gründung einer allgemeinen Bürgerblock-Partei zur Deutschen Staatspartei übergehen werden. Auf dieser Linie liegen die angeblich bevorstehenden Übertritte der volksparteilichen Abgeordneten Dingeldey, Croon, Kahl und des Außenministers Curtius.

Die neue politische Giftgasgründung bekommt durch ihren Führer Mahraun, dem langjährigen Kumpanen Arnold Rehbbergs, ihre antibolschewistische Spitze.

Die arbeitenden Massen werden am 1. August auch gegen die Deutsche Staatspartei als einer Partei der Artikel-48-Diktatur und der Kriegsvorbereitung aufmarschieren.

Diese Partei ist keine „Partei der Jugend“, dieser Giftgaspartei erklärt die werktätige Jugend den schärfsten revolutionären Krieg.

# Schejchott-Schwindel geplakt

## Verfahren Schmidt eingestellt — Was geschieht mit dem Schuldigen dieses antibolschewistischen Verbrechens?

WZB. Hamburg, 29. Juli. Zum Strafverfahren gegen Schmidt wegen Entführung eines Minderjährigen teilt die Justizpressestelle mit: Durch die Ermittlungen ist nicht ersichtlich, daß die Ausreise des Nahum Schejchot nach Ausland durch den beschuldigten Schmidt oder eine andere Person veranlaßt ist. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Schejchot selbständig gehandelt hat. Der Haftbefehl gegen Schmidt ist daher aufgehoben und das Strafverfahren eingestellt worden.

Ein anderer Ausgang des Verfahrens war nicht zu erwarten, nachdem die Polizeibehörde jetzt selbst hatte zugeben müssen, daß sie über die Ausreise des jungen Schejchot nicht nur vorher informiert war, sondern sogar ihre Ausreisegenehmigung erteilt hatte. Aber jetzt ist es notwendig, noch einmal festzustellen, daß diese ganze hemmungslose Lügenheke gegen die Sowjetunion von einem Blatt der SPD, vom „Hamburger Echo“, in Szene gesetzt worden ist.

Die gemeinsten Lügen, die dümmsten Erfindungen sind vielen gewerbsmäßigen Kriegshefem gegen die Sowjetunion nicht zu schamhaft, um sie nicht gegen das Vaterland aller Werktätigen anzuwenden. Und es gibt in Deutschland Staatsanwälte, die auf Grund solcher taubdrellen Erfindungen Verhaftungen vornehmen, Sowjetbürger widerrechtlich wochenlang einsperren. Die Justizpressestelle haßt mit, die Sowjetunion öffentlich zu insultieren, indem sie Mitteilungen über „Verdunkelungsgefahr“, über „Geheimnisse der Untersuchung“, die „im Interesse des Verfahrens“ nicht bekanntgegeben werden dürfen, an die Zeitungen verschickt. Das ist mehr als einer der üblichen Justizlandale. Es wäre interessant, einmal den Namen des für diese verantwortlichen Redakteurs der Hamburger Justizpressestelle kennenzulernen.

# Schützt die Sowjetmacht!

## Demonstriert am 1. August gegen die Kriegsverbrecher!

# „In Rußland können sie Berge versetzen“ „Jeder Traktor — ein Geschütz im Entscheidungskampf“

# Der Klassenfeind zittert

Im „Stuttgarter Tageblatt“ veröffentlicht ein gewisser „Truwor“ eine Artikelserie über die Lage in der Sowjetunion, wie sie sich in den Augen eines bürgerlichen Journalisten heute widerspiegelt. In einem Aufsatz beschäftigt er sich ausführlich mit der Lage der Landwirtschaft in der Sowjetunion und mit den Ergebnissen der Kollektivierungspolitik. „Truwor“ reißt sich gezwungen, die gigantischen Erfolge der Kollektivierung rücksichtslos anzuerkennen. Nicht nur das, intelligenter als die meisten der bürgerlichen Rußlands-„Berichtserstatter“, verschließt er sich nicht der Erkenntnis, daß die gewaltigen Erfolge der Sowjetmacht klassenmäßig und historisch bedingt sind und daß es um einen weltgeschichtlichen Entscheidungskampf zwischen dem kapitalistischen System und dem Sozialismus geht.

„Truwor“ schreibt:  
„Als die russische Regierung vor einem halben Jahr zum Generalangriff gegen den kapitalistischen Sektor der Landwirt-

schaft blies, gab es viele im Ausland, die ein völliges Fiasko, wenn nicht gar erneuten Bürgerkrieg prophezeiten, da die Sozialisierung des Bauern eine lächerliche Utopie sei. Statt dessen war der Zulauf in die Kollektivwirtschaften (Kolkhozn) so ungeheuer, daß statt der 20 Prozent, die 1933 kollektiv sein sollten, schon im März 1930 gegen 80 Prozent der russischen Landwirtschaft in Gemeinwirtschaften zusammengeschlossen waren.“

„Auf zum letzten Gefecht!“, das ist der Schlachtruf des Fünfjahrplans. Der sozialistische Aufbau gegen eine Welt von Feinden fordert Mut.

Würde man uns in Deutschland auch in jeder Zeile jeder Zeitung, in jeder Rede, jedem Plakat, jedem Buch und jedem Film eine einzige Idee, ein gemeinsames Ziel, ununterbrochen vor Augen halten, dann könnten wir Berge versetzen. In Rußland können sie es. Jeder einzelne lebt in einem Zustand äußerster Spannung der Kräfte und Nerven. Jeder Tag, der vergeht, ist einer weniger von den 1926, aus denen das Jahr fünf besteht. Jeder Traktor, der die Fabrik verläßt, ist ein Geschütz mehr im Entscheidungskampf um das eigene Schicksal und um das Schicksal der Welt.“



# Rund um den Erdball

Heraus aus euren Häusern zum 1. August!

## 14-jährige als Spione erschossen

„Nationalistisch aufgehetzt, ließen wir uns als Mörder mißbrauchen“

(Arbeiterkorrespondenz)

Es war im Winterhalbjahr 1915/16. Unser Bataillon 2. altes Jäger lag in der kleinen Stadt Tutum, unmittelbar beim Rigalischen Meerbusen, in Ruhe. Eines Tages wurden in unserer Kompanie Freiwillige gesucht, um „Spionen“ den Garaus zu machen. Wir waren meistens junge Burschen von 20-24 Jahren und hatten von Taten und Blasen keine Ahnung. Denn nur so kann ich es mir erklären, daß sich Überzeugung als Freiwillige meldeten. Ja, es drängte sich noch ein ganzer Teil mehr heran, um sich das niederträchtige Blutschauspiel anzusehen.

Ohne jegliche proletarische Klassenkampfserfahrungen, tagtäglich nationalistisch aufgehetzt, konnten diese jungen Kameraden als Mörder mißbraucht werden.

Von unserer Kompanie allein wurden in der kurzen Ruheperiode ungefähr 14 bis 15 „Spione“ erschossen. Darunter Frauen und Kinder! Einmal waren zwei 14-jährige Jungen unter den „Spionen“. Bei der Exekution mußten sich die Bedauernswerten in einer Reihe aufstellen. Auf jedes Opfer kamen drei Schüsse.

Davon gielte ein Schuß auf den Kopf und zwei auf die Brust.

Trafen alle drei Schüsse schlecht, so konnten die Angehörigen beim hastigen Einbuddeln halbtodesbegeben werden.

Nichts war aber leichter, als in dieser Zeit in den Verdacht der Spionage zu kommen, denn diese Zivilpersonen wohnten noch zwischen den feindlichen Stellungen.

Schüßlos waren sie dem gegenseitigen Feuerwechsel ausgesetzt.

Mit dem ärmlichen Viehbestand der Bevölkerung war bald aufgeräumt. Das letzte Schwein wurde einfach aus dem Stall geholt, geschlachtet und für die Kompanie verwendet. Das ungenießbare Ueberbleibsel durften sich die unglücklichen „Zivilisten“, denen man buchstäblich das Letzte genommen hatte, zuzuerbitten.

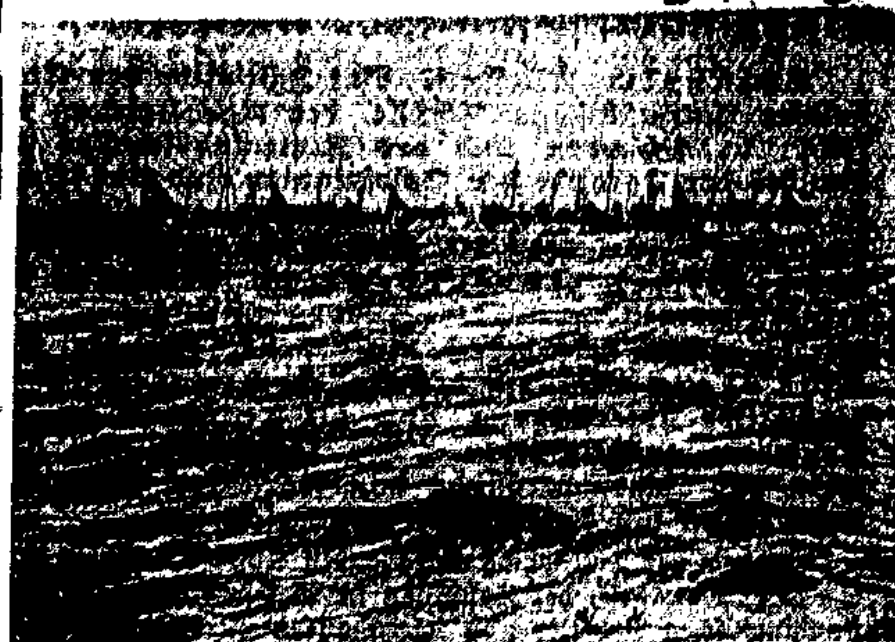
Doch das empörendste:

die Besitzenden, also die Angehörigen der Ausbeuterklasse, hatten sich allerdings mit Hilfe ihres Geldsacks rechtzeitig aus dem Staube machen können.

Nur die arme schaffende Bevölkerung mußte schüßlos all die verheerenden Brutaltäten, das unvorstellbare Elend der entseelten Militärbesatzung erdulden. So war es im Osten, so war es im Westen und auf allen Kriegsschauplätzen.

Daran muß jeder Klassenbewußte Arbeiter am 1. August denken und es als seine vornehmste Pflicht betrachten, mit der revolutionären Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei zu demonstrieren, die als die einzige gewillt ist, ein neues Morden, Räubern und Plündern, genannt imperialistischer Krieg, zu verhindern. Am 1. August müssen die Straßen der kapitalistischen Städte widerhallen von dem Millionenruf: Krieg dem imperialistischen Krieg! Verteidigt die Sowjetunion!

## Ausfahrt zum Heringsfang



Nachdem das Auftauchen der ersten großen Heringschwärme in der Nordsee gemeldet worden ist, sind jetzt alle Heringsdampfer, die lange Zeit stillgelegen hatten, wieder zum Fang ausgefahren. Unser Bild zeigt die Ausfahrt einer Finkenwerder Heringsflotte in die Nordsee.

## 2 Europafleger verunglückt



Die kapitalistische weiße Luftflotte trudelt zur Zeit, nach Erledigung des sogenannten Europakrieges, bei dem nur das sowjetrussische Gebiet — wie wir bereits berichteten — als „Feindesland“ gemieden wurde, einzeln in Berlin wieder ein. In Lyon in Frankreich erlitt das deutsche Flugzeug mit den Fliegern Offermann und Zermeski einen Unglücksfall, bei dem beide ums Leben kamen. Die Leichen dieser beiden Flieger, denen es also nicht mehr vergönnt war, gegen die rote Luftflotte zu kämpfen, werden morgen nach Berlin überführt werden. Unser Bild zeigt den verunglückten Flieger Offermann.

## Wirbelsturmkatastrophe über Adrianopel

20 Todesopfer, über 100 Verletzte

Konstantinopel, 29. Juli. Adrianopel und Umgebung wurde am Dienstag morgen von einem schweren Wirbelsturm heimgesucht, dem ungewöhnlich heftiger Hagelschlag folgte. Der Schaden ist ungeheuer. Unzählige Häuser wurden beschädigt und zum Teil völlig zerstört. Insgesamt forderte das Unwetter 20 Todesopfer. Hunderte von Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

## Feuersbrunst vernichtet 23 Häuser

Drei Todesopfer

Warschau, 29. Juli. In einer Ortschaft bei Bromberg brach am Dienstag ein Riesenseuer aus, dem 23 Häuser zum Opfer fielen. Während der Rettungsarbeiten wurden zwei Helfer unter den Trümmern eines zusammenstürzenden Hauses begraben. Ferner starb ein Feuerwehrmann an den Folgen einer Rauchvergiftung, die er sich bei den Löscharbeiten zugezogen hatte.

## Wasserhose über Altkirch

Paris-Baseler Eisenbahnlinie gestört

Strasbourg, 29. Juli. In der Nacht zum Dienstag ging über Altkirch eine Wasserhose hinweg. Mehrere Straßen und viele Häuser wurden unter Wasser gesetzt. Die Paris-Baseler Eisenbahnstrecke ist auf einer Strecke von 600 Metern überschwemmt. In Mülhausen mußten zwei Pariser Schnellzüge festgehalten werden, von denen der eine seine Fahrt nach Paris nur mit großer Verspätung fortsetzen konnte.

Fabrikbrand bei Reichenberg

In einer Streichgarnspinnerei in Weiskirchen bei Reichenberg brach ein Riesenseuer aus, wodurch das ganze Fabrikgebäude eingeäschert wurde. Sämtliche Maschinen sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Der Unternehmer erleidet, da er hinreichend versichert ist, keinen Schaden, dagegen sind 60 Arbeiter joblos geworden.

Ein schwedischer Dampfer gesunken

Ein 3700 Tonnen großer schwedischer Dampfer ist in der Nähe von Victoria in Brasilien in Brand geraten und gesunken. Die Besatzung wurde von dem holländischen Dampfer „Van Deyk“ übernommen.

## Das Trümmertfeld von Melfi



Von allen italienischen Ortschaften ist die Stadt Melfi an schlimmsten von der Erdbebenkatastrophe heimgesucht worden. Tausende von Häusern stürzten hier ein. Ja, ganze Straßenzüge, besonders in dem ärmeren Viertel, wurden in Trümmer gelegt. In Neapel mußten 2474 Wohnungen baupolizeilich geschlossen werden. Die provisorische Unterkunft in Schulen und andern öffentlichen Gebäuden erweist sich überall als vollkommen unzulänglich. Unser Bild zeigt eine vollkommen unpassierbar gewordene Straße in Melfi.

## Ameisen überfallen ein Indianerdorf

25 Menschen von dem Milliardenheer dieser Tiere buchstäblich aufgezehrt

Cuito, 29. Juli. Laut telephonischer Meldung aus Cuena sind die Einwohner des Dorfes Guwachici an der Amazonasgrenze Perus vor einigen Tagen von ungeheuren Mengen bisher noch völlig unbekannter Ameisen überfallen worden. Der unheimliche, lautlose Überfall auf das Dorf erfolgte um Mitternacht. In ihrer grenzenlosen Angst ließen die flüchtenden Männer und Frauen in der ersten Bestürzung um das

eigene Leben Säuglinge und hilflose alte Leute im Dorf zurück. Als sich schließlich die Wehrtesten in das Dorf zurückgewagt hatten, fanden sie von etwa 25 Menschen, hauptsächlich Säuglinge und Greise, nur noch Ueberreste. Die unheimlichen Tiere hatten die Wehrlosen buchstäblich aufgezehrt.

Diese geradezu unglaubliche Schreckensmeldung wird, dessen sind wir sicher, im Anfang als gerade nicht übermäßig glaubwürdig angesehen werden. Und doch besteht, wie der wissenschaftliche Leiter des Düsseldorfer Zoo mitteilt, durchaus die Wahrscheinlichkeit, daß sich dieser nächtliche Überfall zugezogen hat. Wie Direktor Zulmann ausführte, wäre von solchen Riesenameisen bisher noch nichts Bestimmtes bekannt. Immerhin bestände die Möglichkeit, daß in gewissen unerforschten Teilen Südamerikas noch Tiere leben, von denen wir noch keine Ahnung haben. Es ist in diesen Gegenden nicht unbekannt, daß oft große Ameisenzüge über Tierkadaver herfallen und diese vollständig auffressen. Die Richtigkeit obiger Meldung ist also doch nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen.

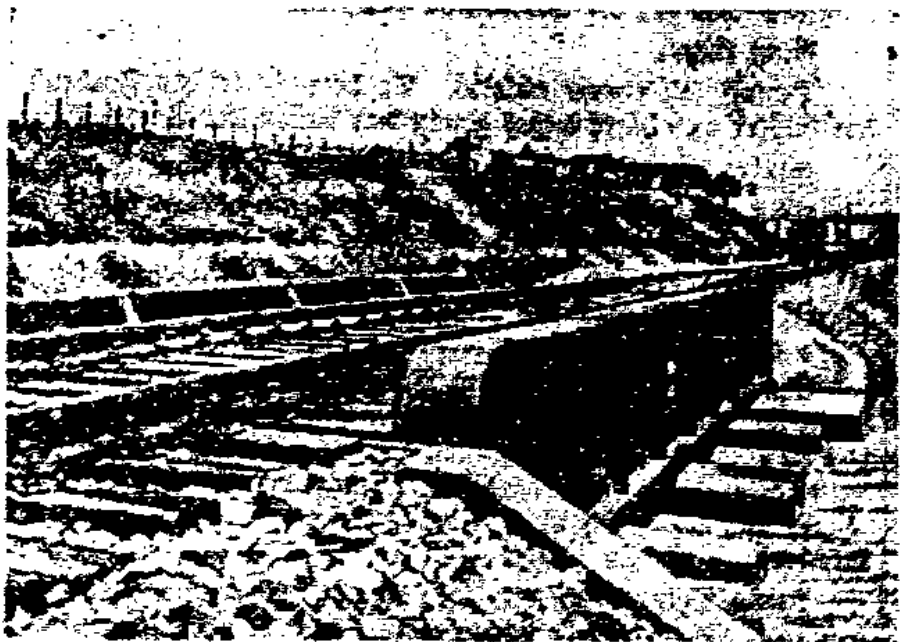
## Weißgardistischer Hochstapler verurteilt

Mit Antibolschewismus war nichts zu verdienen

Das Leipziger Schöffengericht verurteilte in einer seiner letzten Sitzungen den früheren zaristischen Offizier Nikolai Maslakov wegen Verleumdungs- und Betrugschwindelacten zu 6 Monaten Gefängnis.

Maslakov, der als wütender Antibolschewist gegen die Rote Armee gekämpft hat, hat in den letzten Jahren die Hoffnung aufgeben müssen, je in seinem Leben wieder einmal auf Kosten russischer Arbeiter und Bauern ein fettes Wohlleben führen zu können. Da dieser Heutersknecht jedoch nur das Bluthandwerk erlernt hatte, im Augenblick aber damit nichts zu verdienen war, wandte er sich der Hochstaperei zu.

## Erste ganzgeschweißte Brücke



Im Brückenbau ist eine Neuerung zu verzeichnen, die, sollte sie sich bewähren, eine Umwälzung der gesamten Brückenbautechnik herbeiführen wird. Und zwar handelt es sich hier um den Versuch, Brücken, nicht wie bisher üblich zu vernieten, sondern zu verschweißen. Die erste Versuchsbrücke dieser Art ist, wie unser Bild zeigt, am Zuge der Umgehungsbahn bei Münster eingebaut worden.

# Resolution des ZK. zum Bericht des Gen. Thälmann

Angenommen vom Plenum des Zentralkomitees der KPD. am 16. und 17. Juli 1930

Das Plenum des ZK. hat die Berichte über die „Entwicklung der Krise des Kapitalismus in Deutschland und die Erfahrungen und neuen Methoden unserer revolutionären Massenarbeit“, über die „Vorbereitung zum V. KONGRESS“ und über die „Beschlüsse des Politbüros zum Fall Merker“ entgegengenommen. Das Plenum des ZK. stimmt auf Grund dieser Berichte der Resolution über die „Betriebsrätewahlen“ und den „Richtlinien zu den Wirtschaftskämpfen“ des Sekretariats der Komintern, ferner den Resolutionen des Politbüros der KPD. über den „Kampf gegen den Faschismus“ und „Zu den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen“ sowie der Erklärung des Sekretariats vom 26. März 1930 und der Resolution des Politbüros des ZK. vom 4. und 5. April 1930 zum Fall Merker vollständig zu.

## I. Die Hungeroffensive der Bourgeoisie

Die vom Plenum des ZK. in seiner Sitzung vom 21. und 22. Oktober 1929 gegebene Analyse und Voraussage über die Wirkungen des Young-Planes wurde durch die tatsächliche Entwicklung vollumfänglich bestätigt. Ebenso trafen die auf der Tagung des Präsidiums der Komintern im Februar gegebene Einschätzung der Entwicklung der Weltwirtschaftskrise und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die ökonomische und politische Lage Deutschlands, wie sie das Plenum des ZK. vom 20. bis 21. März 1930 in seiner Resolution zog, in vollem Umfang ein.

Vor allem ist die von der Partei signalisierte

### Hunger- u. Unterdrückungsoffensive des deutschen Finanzkapitals

gegen die werttätigen Volksmassen in einem Ausmaß, wie es seit den Inflationsjahren 1918/23 nicht mehr zu verzeichnen war, im Gange. In dieser planmäßig vorbereiteten und organisierten Hungeroffensive konnte die deutsche Bourgeoisie bereits bestimmte Erfolge erzielen, ohne daß es dem Proletariat bisher gelungen ist, eine genügende Abwehr zu organisieren, oder die eigene Offensive auf der ganzen Front aufzunehmen.

Alle in Erscheinung getretenen Gegenmaßnahmen und der Übergang zur Abwehr- und Gegenoffensive des Proletariats kamen ausschließlich unter der Initiative und dank dem aktiven Auftreten der revolutionären Gewerkschaftsopposition unter Führung der KPD. zustande, während die sich immer mehr faschisierende Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie noch weit stärker als in früheren Zeiten sich als Aktivposten in der Front der Offensive der Bourgeoisie gegen das Proletariat zeigen.

Unter der Losung „Notwendigkeit der Kapitalbildung“ unternimmt es die Bourgeoisie, über die Erpressung der Young-Planes, die Auswirkungen der kapitalistischen Nationalisierung und die Abwägung der Folgen der Wirtschaftskrise auf das Proletariat hinaus, erhöhte Profite aus der Arbeiterklasse herauszupressen. Zugleich versucht der mit dem Finanzkapital aufs engste verbundene Großgrundbesitz, die durch die Weltwirtschaftskrise gesteigerte Agrarkrise in Deutschland auszunutzen, um das in Deutschland vorhandene Bauernland in großagrarische Latifundien zu verwandeln und unter der Schieleschen Losung „Rettung der Landwirtschaft“ die Bereicherung der Latifundienbesitzer und die Verpauperisierung der Bauernschaft zu betreiben. Damit wird der Klassenkampf im Dorf und auf dem Lande erheblich gesteigert.

Die Auszehrungs- und Ausplünderungsoffensive zur Erlangung der internationalen Tributlasten und der nationalen Profitsteigerung entwickelt sich in drei Hauptrichtungen:

1. Ueberwälzung der Steuerlasten, soweit überhaupt noch Besteuerungen vorhanden waren (30 Prozent des gesamten Steuereinkommens) auf die breiten werttätigen Massen, auf die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Beamten (Notapfer) und auf den Massenkonsum, ferner Sozialversicherungen, wie sie in der Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft bisher unbekannt waren. Dieser erste Stoß der kapitalistischen Hungeroffensive richtet sich gegen den Realsohn der Lohn- und Gehaltsempfänger.

2. Herabsetzung, Abbau und teilweise gänzliche Aufhebung der Sozialversicherung. Die Arbeitslosigkeit erlangte die ungeheuerliche Zahl von 3½ Millionen. Der zunehmende Abbau der Erwerbslosenunterstützung hat zum Ziele, eine dauernde breite industrielle Reservearmee zu schaffen, die die Möglichkeit zum grenzenlosesten Lohndruck durch das Unternehmertum geben soll.

3. Der dritte Stoß der kapitalistischen Offensive wendet sich direkt gegen die Lebenseristenz des Proletariats durch einen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung noch nie dagewesenen Lohnabbau von 15, 20, 30, ja selbst in einzelnen Industriezweigen bis zu 50 Prozent, wobei versucht wird, den Lohn teilweise selbst unter die Hungerration der Erwerbslosenunterstützung herabzudrücken.

Der erste Vorstoß der Bourgeoisie, geführt vom Reichsverband der Industriellen, zur Ueberwälzung der Lasten auf die Schultern der Werttätigen hat in der verflochtenen Herrmann-Müller-Regierung das willkürlichste Werkzeug zur Durchführung ihrer Absichten gefunden. (Hilferding-Gesetz, der die Belastungen in Höhe von 14 Milliarden auf die Massenlasten umgruppierte.) Im Verlauf des zweiten Vorstoßes der Herabsetzung und Aufhebung der Sozialversicherung führten die Schwierigkeiten in der Herrmann-Müller-Regierung, trotzdem diese bereit war, alles, was das Finanzkapital befaßt, durchzuführen (Abbau der Erwerbslosenunterstützung im Oktober 1929, das Finanzprogramm von Hilferding u. a. m.), zum

### Fußtritt der Bourgeoisie für die SPD.-Minister

An die Stelle der Großen Koalition trat die Brüning-Regierung. Die Errichtung der Regierung Brüning und ihre Diktaturmethoden mit Hilfe des Artikels 48 entfaltete die weitgehende Faschisierung der Zentrumspartei, der Partei Nöckners und anderer Truskapitäne. Immer stärker übernimmt das Zentrum sowohl im Reich wie in der Preußenregierung die Rolle der führenden Partei im Dienste des Truskapitals.

Diese Rolle des Zentrums beruht auf einer Reihe von Faktoren. Einmal bewirkt die Wirtschaftskrise mit ihrer Bedrohung der Profitmöglichkeiten für das Kapital zugleich einen ver-

stärkten Prozeß der Bewegung der ökonomischen Basis für die Arbeiterklasse, durch deren aktiven Einsatz der Sozialfaschismus Teile der Arbeiterklasse an seine Politik zu binden vermochte. Die Zentrumspartei leitet mit Hilfe der Kirche, der religiösen Disziplin, unzähliger christlicher Vereine und Wohlfahrtsorganisationen und vor allem der christlichen Gewerkschaften breite Schichten unqualifizierter Arbeiter an ihre Politik. Mit Hilfe der „sozialen“ Demagogie, als ob durch die Lohnabbau-Offensive weniger die Interessen dieser unqualifizierten Arbeiter beeinträchtigt, als vielmehr lediglich die Luft zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern verengt würde, versucht das Zentrum, seine kreischende Politik der Unterdrückung der Lohnabbau-Offensive der Unternehmer vor den Massen seiner unqualifizierten Arbeiteranhänger zu hemmeln. Zugleich werden die christlichen Arbeiter durch den allgemeinen Nationalisierungsprozeß in ihrer Bindung an das Zentrum weniger rasch beeinträchtigt, als dies bei Arbeiteranhängern anderer bürgerlicher Parteien der Fall ist. Das Zentrum ist deshalb diejenige Partei, die im Gegensatz zu den Deutschnationalen und der Demokratischen Partei in verhältnismäßig geringem Maße von der allgemeinen Krise der alten bürgerlichen Parteien betroffen wurde. Auch hierdurch ist die

## II. Das Umschlagen der Wirtschaftskrise in die politische Krise

Die durch die Young-Tribute und Wirtschaftskrise verursachte Depression beginnt in raschem Tempo in eine tiefgehende politische Krise umzuschlagen. Diese beginnende politische Krise äußert sich vor allem in dem rasch steigenden Nationalisierungsprozeß der werttätigen Volksmassen, die sich gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie auflehnen. Der Nationalisierungsprozeß innerhalb der Arbeiterschaft kommt besonders zum Ausdruck in der heftigen Ausdauer der streikenden Mannschaften der Arbeiterschaft, in den Erfolgen bei den Betriebsrätewahlen, bei denen die erzielten Fortschritte über das Vorjahr hinausgehen, in der zum ersten Male wieder aufsteigenden Linie unserer Stimmengewinnung in Sachsen, in einer Reihe z. T. erheblicher Erfolge bei kommunalen Wahlen in den letzten Monaten, in dem zunehmenden Einfluß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Betrieben und unter den Erwerbslosen, im steigenden Einfluß und in organisatorischen Erfolgen der Oppositionsbewegungen in den Massenorganisationen, so besonders beim Arbeiterport, und in einer Reihe anderer Erscheinungen.

Andererseits bricht sich die beginnende politische Krise besonders deutlich aus in der Verschärfung des Zwangsgerichts- und Schiedsgerichtsverfahrens, in der Bürgerkriegsstrategie der Polizeitruppen in den Streikgebieten (Mansfeld, Nordwest), die den gewaltsamen Raub des Streikrechts der Arbeiter bezwecken, in dem

### Zerfall der alten bürgerlichen Parteien

die zum größten Teil ununterbrochen neue Krisen durchleben, in den Krisen der Parlamentarisation der bürgerlichen Parteien, in dem Zerfall der bürgerlichen Demokratie und im Zerfall des Parlamentarismus, in den wiederholt in Erscheinung tretenden Schwierigkeiten der Brüning-Regierung, den Etat auszugleichen und in der Proklamierung der Finanzbilanz unter Berufung auf den § 48, in der Aufhebung der städtischen Selbstverwaltung mittels Zwangsetat durch die Landesregierungen (Berlin, Jella-Mehlitz u. a. Orten), in der Anwendung faschistischer Methoden im staatlichen Verwaltungsapparat, Erlasse der Braun-Waentig-Regierung auf sofortige Entlassung aller kommunistischen Beamten, Erlasse des Reichspostministers Schaeffel auf Entlassung von Beamten und Angestellten, die sich in Uniform an kommunistischen Kundgebungen und Versammlungen beteiligen, rasch gesteigerte Verfolgungsoffensive der bürgerlichen Justiz, besonders der endlosen Kette von Hochverratsprozessen vor dem I. Strafsenat des Reichsgerichts zur Unterdrückung der kommunistischen Presse und zur Mundtotmachung der kommunistischen Parlamentarisationen. Ferner im Republikstuhlgewetz überhaupt, in der Aufhebung des Stahlhelmsverbots in Rheinland-Westfalen bei gleichzeitiger Aufrechtserhaltung des Verbots des KPD. Endlich in dem starken Anwachsen der faschistischen Bewegung und dem Übergang von Teilen der Gefolgsschaft der bürgerlichen Parteien ins Lager der NSDAP. (Sachsen).

Alle diese Erscheinungen signalisieren die tiefgehende Erschütterung des politischen Herrschaftssystems und sind keineswegs ein Ausbruch der Stärke der Bourgeoisie. Der vor sich gehende Zusammenbruch der kapitalistischen Stabilisierung in Deutschland führt im weiteren Verlauf der Krise zur Zerfetzung der bürgerlichen Gesellschaft und leitet eine neue Phase der revolutionären Erschütterung des kapitalistischen Systems ein.

### Die Tiefe und der Umfang der Krise des Kapitalismus

wirkt sich um so stärker aus, als sie eintritt in einer Zeit, in der der sozialistische Aufbau und die sozialistische Wirtschaft

### führende Rolle des Zentrums beim Faschisierungsprozeß

des Staatsapparates und der Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie gegeben. Zugleich bildet das Zusammenwirken der besonderen sozialen Zusammensetzung mit der religiösen Disziplin die Voraussetzung dafür, daß das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften in einzelnen Gebieten in härterem Maße als die SPD. bei der Durchführung der streikbrecherischen, lohnräuberischen Politik im Dienste des Unternehmertums (Nordwestkampf) sich auf eine gewisse Basis in den Massen stützen können.

Auf den Gebieten des Steuer- und Postwuchers, sowie bei Beseitigung der Sozialpolitik konnte die Bourgeoisie bisher durch die Unterdrückung der gesamten bürgerlichen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, härteste Erfolge buchen. Der dritte Vorstoß, der Angriff auf die Böhne der Arbeiter und die Gehälter der Beamten, den die Bourgeoisie in direktem Angriff gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten durchzuführen muß, ist gegenwärtig in vollem Gange, wobei sie die volle Unterstützung der christlichen und sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Bürgerblockregierung hat. Diesem Zwecke dienen die sogenannten Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen des Industriellenverbandes mit den Führern des IVDG, und der christlichen Gewerkschaften, die Verschlechterung des Zwangs-Schiedsgerichts- und Schiedsgerichtsverfahrens, der Masseneinsatz von Polizeitruppen und der gesteigerte staatliche Terror bei Streiks, Maßnahmen, die praktisch auf den Raub des Streikrechts der Arbeiter hinauslaufen.

Von dem unmittelbaren Widerstand und der Kampfstrategie der Arbeiter, Angestellten- und Beamenschaft ist es abhängig, wie weit es der Bourgeoisie gelingt, diesen Hauptteil ihrer Hungeroffensive durchzuführen.

in der UdSSR, einen grandiosen Aufstieg erlebt. Die Industrialisierung der UdSSR. vollzieht sich in einem Tempo, wie das zuvor in keinem kapitalistischen Lande zu verzeichnen war. Die Sozialisierung der Landwirtschaft macht, unterstützt von der sozialistischen Industrie, das Riesengebiet der UdSSR. zu einem uneinnehmbaren und unüberwindlichen Bollwerk der proletarischen Revolution, das keine revolutionierenden Wirkungen auf die Arbeiter- und Bauernmassen in allen kapitalistischen Ländern, besonders in Deutschland, auslöst.

Die Entwicklung der politischen Krise in Deutschland ist eine äußerst widerspruchsvolle und ungleichmäßige. Die Tendenzen, die sich in dieser Entwicklung der politischen Krise zeigen, entspringen nicht in einem gleichmäßigen und gradlinig aufsteigendem Tempo. Die Tendenz und das Tempo der Nationalisierung der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen ringt mit der Tendenz und dem Tempo der Entwicklung der Faschisierung.

Der beginnende revolutionäre Aufstieg steht in härtestem Kampfe mit dem fortschreitenden Prozeß der Faschisierung und der Sammlung der Konterrevolution. Gegen die bereits entwickelte Offensive der Bourgeoisie beginnt sich unter Führung der KPD. und der NSD. die Abwehr und die Gegenoffensive der Arbeiterklasse zu entfalten. Von dem Tempo der Entwicklung der revolutionären Kraft und von dem Tempo der Steigerung der revolutionären Aktivität im proletarischen Lager ist es abhängig, wie lange und in welchem Maße die werttätigen Massen die Folgen der kapitalistischen Krise, die Ausbeutung und Unterdrückung noch zu ertragen haben. Die Klassenkräfte des revolutionären Proletariats sind ein wichtiger Faktor für den weiteren Verlauf der politischen Krise. In diesem Stadium der Verschärfung der Klassengegensätze und des revolutionären Klassenkampfes erlangt der

### politische Massenstreik

immer größere Bedeutung und wird gegenüber dem zunehmenden Terror des kapitalistischen Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems zur Hauptwaffe des proletarischen Klassenkampfes.

Der Versuch der Bourgeoisie, aus der kapitalistischen Krise noch einmal einen kapitalistischen Ausweg zu erzwingen, stößt auf die größten Schwierigkeiten. Unter dem Druck des Young-Planes kann der deutsche Imperialismus noch weit schwerer als seine Konkurrenten eine Ueberwindung der Krise durch Steigerung des Exports, durch Gewinnung eines größeren Anteils vom Weltmarkt erzwingen. Der kapitalistische Ausweg aus der Krise durch Lohn- und Gehaltsabbau, Abwälzung der Steuerlasten von den Besitzenden auf die Werttätigen bedeutet eine so ungeheure Steigerung des Massenlebens, die ohne die äußerste Verschärfung der politischen Unterdrückung, ohne den Übergang zur faschistischen Diktatur unmöglich ist. Zugleich verschärft der verzweifelte Kampf um den Weltmarkt die imperialistische Kriegsgefahr auf das äußerste. In dieser Lage erhält der

### internationale Antikriegstag am 1. August

überragende Bedeutung. Schließlich können die kapitalistischen Versuche der Ueberwindung der gegenwärtigen Konjunkturkrise die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nicht beseitigen.

Ob der Versuch der Bourgeoisie, die Lösung der Krise auf kapitalistischem Wege, gelingt, hängt nicht allein von den objektiven Umständen ab, sondern vor allem und im besonderen von dem subjektiven Faktor: dem revolutionären Massenkampf des Proletariats unter Führung der KPD. und NSD. Im Mittelpunkt der gesamten revolutionären Arbeit der Partei und der NSD., sei es bei der agitatorischen und organisatorischen

Arbeitslosigkeit in den Betrieben, in den Gewerkschaften und sonstigen Organisationen des Proletariats, auf der Straße oder in Wohnbezirken, sei es bei den Tagelöhnen usw. oder in der breiten Agitation und Propaganda, in der Parteipresse usw., muß bei Erörterung aller Fragen der Gedanken stehen, die kapitalistische Lösung der Krise die proletarische Lösung entgegenzustellen.

Für die wertvollen Massen gibt es nur einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise, die siegreiche proletarische Revolution. Der Versuch der Aufrichtung der faschistischen Diktatur kann nur beantwortet werden mit der siegreichen proletarischen Diktatur.

der aktiven Unterstützung der Bourgeoisie in ihrer Ausbeuteroffensive hatte leichtere Erfolge durch die mangelnde revolutionäre Fraktionsarbeit der KGD. in den Gewerkschaften. Die restlose und umfassende innerparteiliche Mobilisierung zur Bekämpfung und Überwindung dieser Mängel und Schwächen der Partei ist eine der wichtigsten Aufgaben, die vor der Partei stehen. Die

# III. Mansfeld, Nordwest und die geschlossene Front der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen

Der seit mehr als sieben Wochen mit zäher Ausdauer und großer Kühnheit durchgeführte Streik im Mansfelder Kreis erlangt in der gegenwärtigen Situation in Deutschland eine weit über das Streikgebiet hinaus wirkende politische Bedeutung und ist ein Gradmesser für die zähe Widerstandskraft der deutschen Arbeiterklasse. Die nach Abschluß des Kampfes zu ziehenden Lehren werden zu der wichtigsten Bereicherung der Erfahrungen des revolutionären Klassenkampfes gehören. Die restlose Einreihung der Erwerbslosen in die Front der streikenden Arbeiter im Mansfelder Gebiet ist ein Musterbeispiel für die richtige Politik der kommunistischen Partei und der KGD. In systematischer, ideologischer und organisatorischer Arbeit wurde die Vertretung der Interessen der Arbeiter mit denen der Erwerbslosen verbunden und die Arbeit der Industriellen, der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und des Staatsapparates, die Erwerbslosen gegen die in den Betrieben stehenden Arbeiter auszuspielen, zutage gefördert. So zeigte sich im Mansfelder Kampf die Wirkung der brüderlichen Solidarität der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern.

## Das große Verdienst der Mansfelder Arbeiterschaft,

daß sie unter Führung der KGD, die vom gesamten deutschen Unternehmertum hingeworfene Kampfanzeige mit dem gegenwärtigen heroischen Kampfe beantwortete. Hierdurch hat der direkte Vorstoß des ausbeuterischen Finanzkapitals gegen das deutsche Proletariat den ersten wirklichen Gegenstoß erhalten.

Gleichzeitig ist es der KGD, unter Führung der Partei gelungen, im Zusammenhang mit dem Mansfelder Streik, weitere Arbeiterschichten (Landarbeiter, Chemie- und Fabrikarbeiter) in Mitteldeutschland mit in den Kampf zu ziehen, was eine wirkungsvolle Verbreiterung der Kampfbasis bedeutete. Das 3. K. beauftragte das Polbüro, die Erfahrungen des Mansfelder Kampfes einer genauen kritischen Überprüfung zu unterziehen.

Seinen Hauptstoß versuchte das deutsche Finanzkapital in der Metallindustrie der Nordwestgruppe zu führen. Mit Einsatz der ganzen Kraft des stark organisierten Finanzkapitals, mit dem ganzen Gewicht der Reichsregierung und der Staatsmacht, durch Beschäftigung der sozialfaschistischen Schiedsrichter und mit Unterstützung der sozialfaschistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie glaubte die Bourgeoisie, den

## Generalangriff auf die Lebenshaltung der Nordwestmetallarbeiter

durchsetzen zu können. Die im Ruhrgebiet und Niederrhein ausbrechenden Streikbewegungen unter Führung der KGD zwangen die Industriellen, auch hier wenigstens zum teilweisen Verzicht auf ihr ursprüngliches Vorhaben eines generellen Lohnabbaues bis zu 20 Prozent.

Der bisherige Widerstand der Arbeiterklasse verlief jedoch noch durchaus in keiner Weise aus, um den von der Bourgeoisie beschlossenen Lohnabbau auf der ganzen Linie abzuwehren. In der Tat ist es den Unternehmern in einer Reihe von Industrien und Betrieben gelungen, erhebliche Lohnkürzungen vorzunehmen. Breite Schichten der Belegschaften stehen entweder unmittelbar oder in kürzerer oder längerer Frist vor der Gefahr neuer Lohnabbaumaßnahmen. Die verschiedenartig angewendeten Angriffsmethoden der Unternehmer führen zu der von den Unternehmern und Gewerkschaftsbürokraten gewünschten Zerspaltung der Bewegung. Darum ist alle Anstrengung auf offensive Vorbereitung und Entfaltung von Kämpfen für den Siebenhunderttag bei vollem Lohnausgleich und Lohnerhöhung auf die Zusammenfassung der Kämpfe, auf ihre Steigerung zum einheitlichen, wirtschaftlichen und politischen Massenkampf zu richten. Aus diesem Grunde muß die Aktivität und die Kraft der KGD, außerordentlich gesteigert werden, um jeden Vorstoß des Unternehmertums mit dem Gegenstoß der Belegschaften zu beantworten. Das ist nur möglich, wenn der zehnjährigen reformistischen Ideologie der Arbeitergemeinschaft die Ideologie und Strategie des revolutionären Klassenkampfes entgegengestellt wird. In dem Maße, wie der Reformismus verdrängt, Teile der Arbeiterklasse zu korrumpieren durch Brosamen vom Tische der Bourgeoisie, muß von der KGD der Glaube an die Kraft der Massen gestärkt und gefördert werden auf Grund der Erkenntnis des eigenen Sieges des Proletariats.

## Der 5. RGI-Kongreß

wird noch stärker als bisher der KGD, bei der selbständigen Organisierung und Führung der Massenkämpfe um Lohn und Brot, die von den reformistischen Gewerkschaften sabotiert und verraten werden, stärkste Unterstützung leisten und ihr Wegweiser sein. Die Arbeiterklasse darf nicht bei der Abwehr des beabsichtigten Lohnabbaues stehen bleiben, sondern muß darüber hinaus den offensiven Kampf führen für einen ausreichenden Ausgleich der bereits erfolgten Senkung der Reallohne, die durch die Erhöhung der Steuern und Zollerlasten, Leistungssteigerung, eingetreten ist. Gleichzeitig muß der Kampf mit aller Entschiedenheit geführt werden gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, gegen Kurzarbeit, gegen Betriebskürzungen und Arbeiterentlassungen. Die Generallösungen der KGD, Siebenhunderttag bei vollem Lohnausgleich, zur Verringerung der Erwerbslosenarmee, zur Erhaltung und Steigerung der Reallohne, müssen zum Zentralpunkt des Massenkampfes gemacht werden. Die Popularisierung dieser Forderungen unter den Arbeitermassen ist die Voraussetzung für die Organisierung der Arbeiteroffensive gegen den Hungerangriff der Bourgeoisie und gegen den Verrat der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie. Die politische Auswertung der Waldenburger Grubenkatastrophe muß den Kampf um Verbesserung des Arbeiterlohnes und gegen die Rationalisierung steigern.

## Vernachlässigung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front

durch die Anhänger der KGD, beruht auf der Verkennung und Unterschätzung der Rolle, die die Gewerkschaften trotz ihrer verräterischen Führer noch einnehmen. Diese Führer können sich, ohne größeren Widerstand in den Gewerkschaften zu finden, annehmen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Millionen von Arbeitern festzulegen und Tarife abzuschließen, ohne die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben selbst zu befragen. Dieses Monopol der Gewerkschaften muß durchbrochen werden, indem die KGD, den Abschluß von Tarifverträgen abhängig macht vom Willen und der Zustimmung der organisierten und unorganisierten Arbeiter selbst. Die Betriebsbelegschaften, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Tarifen festgelegt werden, haben selbst bzw. durch ihre von ihnen selbst gewählten Kampf- und Streikleitungen einzig und allein über diese Bedingungen und über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden, nicht aber die verräterischen Führer des UGB, und der Christen.

b) In der opportunistischen Einstellung bis in die Reihen unserer Partei und der KGD, hinein, die der verlogenen sozialfaschistischen Ideologie Rechnung trägt, wonach „in der Krisenperiode Lohn- und Arbeitskämpfe nicht geführt werden könnten“, sowie in dem passiven Abwarten der Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer. Diese defaschistische Ideologie hatte einen erheblichen

## Tempoverlust in der Abwehr- und Gegenoffensive des Proletariats

im Gefolge. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, daß der Radikalisierungsprozeß und die Bereitschaft der Arbeiter zu kämpfen in den parteilosen Massen weiter fortgeschritten war, als in manchen zurückgebliebenen Schichten unserer Parteimitgliedschaft, unserer Parteifeder und auch innerhalb der KGD. Der Unglaube an die Kampfkraft und den Kampfeswillen des Proletariats ist in der gegenwärtigen Periode der Krise des kapitalistischen Systems einer der verhängnisvollsten Fehler, der auf das entschiedenste bekämpft werden muß.

c) Die unbestrittene Gefolgschaft der Millionenmassen des Erwerbslosen, die Anerkennung unserer Lösungen im

## Kampf für die Interessen der Erwerbslosen.

die aktive Solidarität der Erwerbslosen selbst unter der Androhung der Entziehung der Unterstützung mit den streikenden Arbeitern (Mansfeld, Nordwest), die erfolgreiche Abwehr gegen die verärgerten Versuche der Sozialfaschisten und Faschisten, in die Erwerbslosenbewegung stärker einzudringen, legen Zeugnis davon ab, daß die Politik der Partei und der KGD, auf diesem Gebiete richtig und die Arbeit in den Massen der Erwerbslosen eine aktive und erfolgreiche ist.

Der Partei und der KGD, ist es aber bisher noch nicht gelungen, die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Partei und der KGD, im gemeinsamen Interesse der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen so auszugestalten und miteinander zu verbinden, wie das zur Entfaltung der breitesten Massenaktionen erforderlich ist.

Die KGD, und die Partei können die Abwehr und die Gegenoffensive des Proletariats gegen den Vorstoß der geschlossenen Front der Ausbeuter, des Staates und der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie nur organisieren und durchführen, indem sie stärker als bisher in wirklich fühnem Kurs auf die Massen die geschlossene Einheitsfront aller Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, ob parteilos oder bei der SPD., ob christlich oder Hirsch-Dunderlich, befestigen, ausbauen, erweitern und auf das stärkste verbinden. Diese verstärkte Methode unserer Einheitsfrontpolitik erfordert die Verschärfung unserer prinzipiellen Politik gegen alle Klassenfeinde.

d) Nach den Betriebsrätewahlen waren in einigen Bezirken einige gute Ansätze vorhanden, die Beschlüsse des 3. K. und der KGD, auf

## Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte

zu verwirklichen. Aber gerade im Zusammenhang mit den Lohn- und Arbeitskämpfen zeigt sich, daß das in vollkommen ungenügender Weise, in manchen Bezirken überhaupt nichts auf diesem Gebiete geschehen ist. An die Beschlüsse des Polbüros in dieser Frage muß erneut erinnert werden.

Das gleiche gilt besonders von der Errichtung und ebenfalls dem Ausbau und in jeder Bewegung notwendigen Erneuerung und Erweiterung des revolutionären Vertrauensmänner-systems in den Betrieben.

Die mangelnde Mobilisierung der Belegschaften gegen die Hungeroffensive des Kapitals ist in der Hauptsache auf die ungenügende politische Aktivität der Betriebszellen, die nicht energig genug erfolgende Mobilisierung der Belegschaften gegen Entlassungen und Kurzarbeit, Lohnabbau usw., auf die mangelnde Verbindung der Zellen mit den roten Betriebsräten und auf die wenig entwickelte Selbstinitiative der roten Betriebsräte zurückzuführen. Für die Mängel, Fehler und Schwächen der roten Betriebsräte und der Arbeit der revolutionären Vertrauensleute ist in erster Linie die Betriebszelle der Gesamtpartei verantwortlich und von deren Initiative, Aktivität und Kontrolle der Arbeit im Betrieb ist in hervorragendem Maße die Entfaltung des Widerstandes und des Kampfeswillens der Belegschaft abhängig.

e) Der Kampf der Partei gegen die Faschisierung des kapitalistischen Staatsapparates durch die bürgerlichen Parteien und den Sozialfaschismus, sowie der Kampf gegen die stärker werdende faschistische Bewegung wurde als eine zentrale Aufgabe der Partei bisher zu wenig beachtet und die Tätigkeit auf diesem Gebiete in vielen Bezirken vollkommen vernachlässigt. Das Zentralkomitee macht es der Gesamtpartei zur Pflicht, dieses Verhältniss in raschem Tempo zu beilegen. Die Resolution des Polbüros vom 4. Juni 1930 über den

# IV. Erfolge und Mängel unserer Arbeit und unsere Aufgaben

Der zunehmende Radikalisierungsprozeß der wertvollen Massen und die zunehmende Revolutionierung der Arbeiterklasse brachte ein starkes Anwachsen der Sympathien für den revolutionären Klassenkampf und eine sichtbare Neuorientierung breiter Arbeiterschichten zugunsten der kommunistischen Bewegung. Diese Entwicklung drückte sich besonders aus in dem gewaltigen

## Erfolg der revolutionären 1. Mai-Demonstrationen

die fast in allen Großstädten und in den Industriezentren die Kundgebungen der Sozialdemokraten und der reformistischen Gewerkschaften bei weitem übertrafen. Der Jugendtag in Leipzig zeigte im Gegensatz zu allen anderen Jugendtagen in den früheren Jahren, daß es dem KGD, zum ersten Male gelungen war, in einigen Bezirken die Arbeiterjugend über die Peripherie des Verbandes hinaus zu mobilisieren. Die Zusammenfassung der roten Sportopposition, der Aufmarsch der oppositionellen Sportbewegung in Erfurt legte Zeugnis ab vom Vordringen der revolutionären Bewegung in der Arbeiterfortbewegung. Die Massenabgebung am Jahrestage des Verbotes des roten Frontkämpferbundes demonstrierte das starke Anwachsen des revolutionären Wehrgeistes in der Arbeiterschaft. Der sichtbare Aufschwung der KGD, und die aktivere Beteiligung der Belegschaften an den Versammlungen gegen die Unternehmeroffensive, die in Erscheinung tretende Aktivierung der Erwerbslosenbewegung, die Festigung der roten Klassenfront der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen, der lebhafteste Widerhall der Beschlüsse des Polbüros in bezug auf den Kampf gegen den Faschismus und die aktive Aufnahme der Lösung der Partei zur Schaffung von roten Betriebswehren bestätigen ebenfalls die Richtigkeit der Generallinie der Partei.

Zugleich sind aber auch eine Reihe ernster Mängel, Fehler, Schwächen und Widerstände gegen die Parteilinie zu verzeichnen, deren rücksichtslose und lähne Bekämpfung das Lebensinteresse der Partei und des revolutionären Klassenkampfes erfordert. Der bisherige Verlauf der Mobilisierung und Organisierung des Widerstandes gegen die Ausbeuteroffensive der Bourgeoisie, gegen die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums hat genau so wie der Verlauf der Betriebsrätewahlen

sowohl die starken, als auch die schwachen Seiten unserer Massenarbeit scharf beleuchtet. Überall dort, wo die Partei und die KGD, mit fühner Entschlossenheit die Belegschaften entschieden vorbereitete und zum Widerstand gegen die Lohnabbauoffensive mobilisierte, ist es gelungen, breite Massenkämpfe auszulösen (Mansfeld) und teilweise der Offensive der Unternehmer im Bunde mit der kapitalistischen Staatsmacht und der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie entgegenzutreten (Ruhrgebiet, Niederrhein). Überall dort, wo die Parteilinie durch den Opportunismus — und besonders durch den Opportunismus in der Praxis, der die überwiegende Hauptgefahr ist, sowie auch durch linkes Sektierertum entstellt war, war ein Verzicht auf den Massenkampf zu verzeichnen, der es der Bourgeoisie mit Unterstützung des Sozial- und Nationalfaschismus ermöglichte, ihre räuberischen Pläne zu verwirklichen.

## Die Hauptmängel und Schwächen,

Fehler und Widerstände zeigten sich insbesondere an folgenden Erscheinungen:

a) in der Vernachlässigung der revolutionären Fraktionsarbeit der KGD., das bedeutet Verzicht auf den Kampf gegen die sozialfaschistische Politik in den Gewerkschaften, die an vielen Stellen auf den nicht zu unterschätzenden Fehler hinausläuft, überhaupt auf die ideologische und organisatorische Arbeit innerhalb der Gewerkschaften zu verzichten. Es ist in den meisten Gewerkschaften ein sichtbares Nachlassen, ja in vielen sogar ein offener Verzicht auf die ideologische Bearbeitung und Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den revolutionären Klassenkampf zu verzeichnen. Dieser Fehler in unserer Parteiarbeit und in der Arbeit der KGD, erleichtert der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie ihren Verrat an der Arbeiterklasse. Ein solches Nachlassen der Gewerkschaftsarbeit zeigte sich im besonderen im fast vollständigen Verlassen der KGD, in der Vorbereitung und Einflußnahme auf die in diesem Jahre stattfindenden Verbandstage einer Reihe wichtiger Gewerkschaften.

Die bisherige Unzulänglichkeit in der Mobilisierung der Arbeitermassen gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer, die weitgehendste Möglichkeit der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie in der Sabotage der Lohnkämpfe und







Die „Forderungen“ der „linken“ Opposition

Ein Programm zur Zurechtweisung der Arbeiter

Die gestrige „Vollmacht“ bringt in Form eines Entwurfs an die heutige außerordentliche Generalversammlung der SPD...

Das Programm umfasst nicht weniger als 40 „Forderungen“, für die sich die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten im neuen Reichstage „einsetzen“ sollen.

Die einzelnen Forderungen sind auf der einen Seite ein Ausdruck der tiefgehenden Mißbilligung weitester Kreise selbst der sozialdemokratischen Mitglieder...

Es ist durchaus möglich, daß der Antrag in der heutigen Generalversammlung im wesentlichen angenommen wird.

Sehen wir uns einmal einige der „Radikalforderungen“ näher an, und hören wir, wie die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sich bisher dazu gestellt haben.

Eine andere „Forderung“: „Amnestie für alle politischen Geangenen!“ Das ist doch der Gipfel der Frechheit!

„Aufhebung der Zensur für Filme, Rundfunk und Theater.“ Wer hat denn bisher eine derartige Zensur gewißt?

„Hat doch die Kommunistische Partei zur Zeit des ostindischen Abenteuers eine Kriegsbege und eine Kriegspropaganda betrieben, die von keinem Chauvinisten und Imperialisten zu überbieten ist.“

Das genügt wohl, um anzudeuten, wie unagbar verlogen die „Radikalität“ der „Vollmacht“ ist.

Zum Schluß noch ein Wort über die sogenannte „Klassenkampfrichtung.“ Der „Klassenkampf“ ist eine Fiktion, die die sogenannte „linken“ Opposition verbricht.

„Wann hat ein einziger der angeblichen „Klassenkämpfer“ Reichstagsabgeordneten für die verschiedenen oben genannten kommunistischen Anträge gestimmt?“

Und diesen notorischen Betrüger, diesen Schmarotzer des Stimmensangs, sollen die sozialdemokratischen Arbeiter, weil es wieder einmal auf eine Wahl zugeht, vertrauen?

Wahrscheinlich wieder sitzen werden? Schreit den Heuchlern eure Verachtung ins Gesicht, erkennt, daß ihr nun wieder einmal zu einem großartigen Wahlmanöver mißbraucht werden sollt.

Der Platz, sozialdemokratische Arbeiter, ist in der kommunistischen Partei, eure Stimme gehört am 14. September der Liste 4.

Neubaumietere streik wird fortgesetzt

Ueberfüllte Versammlungen — Streikverschärfung angedroht

Gestern fanden in allen Siedlungen Breslaus und für Neubaumieter der Privathäuser auf der Merckelstraße Versammlungen statt, die von dem Neubaumieterschutzbund einberufen waren.

Der sozialdemokratische Vorstand des Neubaumieterschutzbundes hatte den Versammelten eine ellenlange Entschlebung zur Annahme unterbreitet.

Anstehen zu den Werbedemonstrationen heute, Mittwoch, 19 Uhr

Abmarsch der Stadtteile von den Sammelplätzen: 19.30 Uhr: Ohlauer Tor: Brockauer Platz; Odertor: Weißburger Platz; Scheitnig: Bauschulplatz; West: Striegauer Platz; Süd: Gräbschener-Ecke Friedrichstraße; Zentrum: Wallstraße Ecke Königsplatz.

Breslau hat die meisten „unehelichen“ Kinder

Die Katholiken schlagen den Rekord!

In den Monatsberichten, die von dem Statistischen Amt der Stadt Breslau herausgegeben werden, beschäftigt sich ein Artikel mit den ehelichen und den „unehelichen“ Geburten in Breslau.

In den Jahren 1928 kamen auf je 100 Lebendgeborene in allen preussischen Großstädten zusammen nur 12,1 uneheliche Lebendgeborene.

Frägt man, in welchen Altersgruppen die unehelichen Mütter besonders zu finden sind, so lautet die Antwort, daß sie in der Hauptsache den jüngeren Jahrgängen, nämlich des Alters unter 25 Jahren, angehören.

Aber auch die Vierzigjährgrenze ist kein Hindernis, man zählte in den genannten vier Jahren in Breslau insgesamt 83 uneheliche Mütter im Alter von mehr als 40 Jahren.

Heute alles zur „Turksib“

Auftreten der „Ita“-Truppe „Fanal“. Karten 40 Pf. (für Erwerbslose), sonst 60 Pf.

Frauen!

Wer riecht euch und euren Kindern das Brot?

Darüber spricht am Donnerstag 20 Uhr im Lokal Bergeller (Reichsstraße 33) Genöjinn Dähne-Berlin. Frauen, erwidert recht zahlreich. Es geht euch alle an.

Polizei in Zivil eine Gefahr für das Publikum

Zu der Nacht zu heute kam es in der Nikolaistraße, Ecke Weißgerbergasse, zu einer großen Menschenansammlung. Eine Polizeistreife in Zivilkleidung fuhr auf Fahrrädern die Nikolaistraße entlang.

Man heilt sich um die Mandate

Einer der bisherigen sozialdemokratischen Breslauer Reichstagsabgeordneten ist der Oberpostsekretär Seppel, in jeder Hinsicht eine Null.

Kampf um die Posten, darin ist die SPD. groß. Eine Clique will der anderen denn Platz an der Futterrippe streitig machen.

„Rote Wahlhelfer Liste 4 SPD.“

Rote Arbeitskräfte mit dieser Aufschrift müssen sofort bei der Bezirksleitung von allen Stadtteilen und Ortsgruppen bestellt werden.

Zur übrigen wird in der Entschlebung u. a. die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung beantragt.

Unsere Genossen weisen in ihren Ausführungen mit allem Nachdruck darauf hin, daß es eine Illusion ist, irgendwelche Hoffnungen auf die Unterstützung des Parlaments, der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse und der Parteien zu setzen.

Anstehen zu den Werbedemonstrationen heute, Mittwoch, 19 Uhr

Abmarsch der Stadtteile von den Sammelplätzen: 19.30 Uhr: Ohlauer Tor: Brockauer Platz; Odertor: Weißburger Platz; Scheitnig: Bauschulplatz; West: Striegauer Platz; Süd: Gräbschener-Ecke Friedrichstraße; Zentrum: Wallstraße Ecke Königsplatz.

Eine Untersuchung darüber, ob die einzelnen religiösen Bekenntnisse an der Zahl der unehelichen Mütter den gleichen Anteil haben wie an der Gesamtbevölkerung, zeigt folgendes Ergebnis:

Die unehelichen katholischen Mütter dagegen sind in der Zahl der unehelichen Mütter in höherem Grade vertreten (nämlich mit etwa 39 Prozent) als der Anteil der katholischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung ausmacht (nur 32 bis 33 Prozent).

Die Unehelichkeit ist auch in den Totgeburten verhältnismäßig viel stärker beteiligt als die Ehelichkeit. Dem Anteil der unehelichen Geburten an der Gesamtzahl der Geburten würde es entsprechen, um als Beispiel die Breslauer Zahlen für das Jahr 1929 zu nehmen, wenn von allen Totgeburten 20 Prozent unehelich wären; es sind jedoch 30 Prozent.

Sondervorstellung der „Ita“ um 23 Uhr in der „Weißbühne“, Friedrich-Wilhelm-Straße 35. Ansprache, Rezitationen des Genossen Aust, lose), sonst 60 Pf.

Welchen Haupttäter festnahm. Wir fordern, daß diese sogenannten Zivilverurteilten sofort aus dem Dienste gezogen werden, da dieses System der Beurlaubung zu einer besonderen Gefahr ausbleibt.

Morgen kommen die „Slot“-Teilnehmer zurück

Donnerstag 20 Uhr Rückkehr der „Slot“-Teilnehmer. Als Stadtteile sowie der Jugendverband treffen sich 19.45 Uhr am Frankelplatz.

Gestohlener Scheck. Gestern wurde dem Kraftwagenführer Willi Leopold aus Wüstewalderdorf auf der Bahnfahrt Dirschberg-Breslau eine Brieftasche mit einem Scheckbuch der Hansa-Bank mit ausgefülltem Scheck über 1500 Mark auf den Namen Willi Leopold gestohlen.

Heraus zum Aufmarsch gegen Kriegsgelahr und Faschismus Freitag 20 Uhr auf dem Neumarkt

Abmarsch der Stadtteile von den Sammelplätzen: 19.30 Uhr: Ohlauer Tor: Brockauer Platz; Odertor: Weißburger Platz; Scheitnig: Bauschulplatz; West: Striegauer Platz; Süd: Gräbschener-Ecke Friedrichstraße; Zentrum: Wallstraße Ecke Königsplatz.

Entlassungsoffensive der Preußag rast weiter

138 Arbeiter der staatlichen Hütte entlassen

Die angekündigten Entlassungen bei der Staatlichen Hütte und dem Hüttenwerk Ralpa... wurden durchgeführt.

Kollegen! Am Sonntag, dem 3. August, tagt in Mikulsküh der Kongress der Bergarbeiter...

Gleiwitz

Auf den Verrat folgt noch die Verleumdung

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Der Streiktag vom „Volksblatt“ hat wieder mal ein Brett vor den Augen, und das will er wahrscheinlich auch seinen Lesern vorbinden...

verwelkelt mit dem Bemerkten: „Er solle eine Schicht durcharbeiten!“ Es blieb dem tollranken Arbeiter P. nichts weiter übrig...

Kameraden! Und so werdet ihr für eure enormen Beiträge zur Knappschicht und Krankenkasse behandelt und unterhalten durch euren Abzug einen großen Stab von Ärzten...

Antikriegsdemonstration

Freitag, den 1. August, 19 Uhr, auf dem Heigensteinplatz. Arbeitende Frauen und Männer, marschiert reflexlos auf!

Wie sie lügen und verleumdend!

Vor ungefähr zwei Wochen beschäftigten sich „Hindenburgertageblatt“ und „Obererschlesische Volksstimme“ in Artikeln mit der dreimal „verfluchten“ Revolutionären Gewerkschaftsopposition...

Wer nun glaubte, daß Gudermann, jetzt, nachdem die Fristen richtig eingehalten waren, die Klage gewinnen würde...

Aber „leider“ haben die Reformisten und Christen mit dem Arbeitgeber den Abbau und die Reduzierung des Lohnes mit vereinbart...

In dem Fall Sojona (darum drehte sich der Artikel) haben sie täglich verspielt; siehe Nr. 2 UG. 549/4/30, trotzdem Arbeiterrichter Schmidt und SPD-Mann Schwarzer unter Vorbehalt...

Polizei löst Versammlung der Kriegs- und Arbeitsopfer auf

Die hiesige Ortsgruppe des „Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit“ hatte für Montag, den 28. Juli, eine öffentliche Versammlung der Kriegs- und Arbeitsopfer organisiert...

Dieser Vorfall gibt uns schon einen kleinen Vorgeschmack von dem verächtlichen Polizeierror gegen Versammlungen...

Neustadt

Beamtensfrau als Kellnerin

Der erwerbslose Kellner Max Frank sendet uns folgende Zuschrift: Es gibt in Wildgrund, in der Nähe von Neustadt, ein Ausflugstafel...

Ratibor

Familienvater mit Hilfe des Betriebsrates entlassen

Wir haben uns schon des öfteren mit dem Betriebsrat der Papierfabrik beschäftigt... folgender Fall ist wieder wert, der besonderen Öffentlichkeit bekannt zu werden...

Die Belegschaft der Papierfabrik wird sich auch dieses Denunzianten entledigen. Zu der nächsten Betriebsratswahl muß eine Liste der KPD aufgestellt werden...

Öffentliche Quittung

Die Ortsgruppe Ratibor (Genosse K n i g) hat 26 Mark für den Verteidigungsfonds der Roten Hilfe überwiesen...

Genossen, Genossinnen, übt weiter praktische Solidarität!

Ein Nagelschluder. Der in Tworkau, Kreis Ratibor, beim Bädermeister K u s c h in Arbeit stehende Paul T o m e g y l wollte seinem Leben ein jähes Ende bereiten...

Oppeln

Pfarrer Gebulla in Dreck gefallen!

Groß-Stanis. Die katholischen Pfaffen insbesondere hängen sich den Mantel der Moral an, sie treten vor die breiten Schichten der Bevölkerung und geben sich als Mitleidsempfinden (!) aus...

Kommentar überflüssig!

„Nächstenliebe“ des Prälaten Kubis

Vor einer Woche wurde ein hiesiger Gastwirt beerdigt. Die Begleitung der Beerdigung hatte der Prälat Kubis selbst übernommen, weil wahrscheinlich die Bezahlung eine bessere war...

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen: den Gerhard Schulz, fr. Redakteur, Oppeln, Gartenstraße 8, geboren am 1. Juni 1904 zu Oppeln...

Der Angeklagte wird wegen Beleidigung in Tateinheit mit Abber Nachrede zu einer Geldstrafe von 100 — einhundert — RM., an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Gefängnisstrafe von 10 — zehn — Tagen tritt...

Sämtliche Exemplare der Nr. 219 des 11. Jahrgangs der „Arbeiter-Zeitung“ sowie die zur Wiederherstellung gebrauchten Formen und Platten sind in dem § 241 Abs. 2 StGB im bestimmten Umfang unbrauchbar zu machen.

Furchtbare Bluttat im Stadtteil Petersdorf

Vier Proletariatsleben vernichtet

Am 28. Juli 1930 gegen 8,15 Uhr erschoss in der elterlichen Wohnung in Gleiwitz, Johannisstraße 15, der am 3. Februar 1907 geborene Arbeiterlose Max L ä s i g...

Vor der Tat hatte der Bruder Fritz L ä s i g versucht, dem Mörder die Waffe zu entreißen. Als Max L ä s i g die Pistole gegen ihn richtete, schrie der Bruder: Der Mörder landete ihm durch das Fehlschießen einen Schuß nach, der sein Ziel verfehlte...

Der Grund zur Tat steht noch nicht einwandfrei fest. Anzudeutend waren Schwierigkeiten bei der bevorstehenden Eheschließung des Max L ä s i g mit der Anna Werner der Anlaß zur Tat...

Hindenburg

Krankenbehandlung im 20. Jahrhundert

Der Arbeiter P. von der Hedwigwundschube wurde einige Wochen im Lazarett Bentzen behandelt. Getreu dem Wink der Brünning-Regierung, daß die Arbeiter die Versicherungskassen nur anzunehmen, wurde P. nach einigen Gehversuchen durch den Oberarzt als gesund entlassen...

Belegschaften, demonstriert am 1. August mit der KPD.

gegen die imperialistischen Kriegstreiber, für den Schutz der Sowjetunion, — gegen Lohnraub, für höhere Löhne, Sechs- und Siebenstundentag, — für die Wahl kommunistischer Reichstagskandidaten am 14. September



**Wandeleihhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung v. Anzügen, Wäsche  
und Schmuckstücken

Kauft bei  
**Blasse**  
Blasse  
ist billig!  
BRESLAU  
Nur Graupenstraße 6/10

**Otto Kiersch, Breslau**  
Reschmaler Straße 28  
empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren

**Max Süßmann**  
LIEGNITZ  
Mittelstr. 11  
Bekannt großes  
Spezialhaus für  
**Herren- und  
Knabenbekleidung**  
Sämtliche  
Berufsbekleidung

Anerkannt größte Auswahl!  
Billigste Preise!

**Motorradschule  
Hermann Obermann**  
Werderstraße 55  
Gewissenhaft — Billig

Der zweite Teil des Gelegenheitspostens  
**moderner  
Beleuchtungskörper**  
Ist eingetroffen!

Einige Beispiele:  
**EÖzimmerkronen Bronze**, mit Seidenschirm  
früher 60—80,— Rm., **jetzt Rm. 29,50**  
**EÖzimmerkronen Bronze**, mit Seidenschirm  
früher 100—160,— Rm., **jetzt Rm. 70,00**  
**Herrenzimmerkronen Bronze**  
früher 70—110,— Rm., **jetzt Rm. 36,50**  
**Nachtschlampen** mit Seidenschirm  
früher 18—20,— Rm., **jetzt Rm. 6,50**  
**Ampeln** . . . . . **von Rm. 5,00 an**

Nur solange der Vorrat reicht  
**Ueberzeugen Sie sich bitte**

**Licht & Kraft, S. Wolfsohn**  
G. m. b. H.  
**Beuthen OS., Bahnhofstraße 31**  
Eingang nur Gymnasialstraße  
**Hindenburg, Friedr.-Karl-Str. 1a**

**Deine Einkäufe**  
mache bei Inserenten dieser Zeitung!  
Die anderen wollen dein Geld nicht!

# Saison- Ausverkauf

Beginn: 31. Juli 1930

Mengenabgabe vorbehalten

Verkauf nur soweit Vorrat reicht

Unser SAISON-AUSVERKAUF steht auch dieses Jahr  
wieder im Zeichen

## außergewöhnlicher Billigkeit!!

Wir veranstalten einen Saison-Ausverkauf, der alles  
bisher Dagewesene übertrifft. Wir wollen die der Mode  
unterworfenen Artikel bis auf das letzte Stück räumen  
und verkaufen diese daher zu Preisen, wie wir sie nur  
einmal im Jahre machen können.

Besichtigen Sie unsere Schaufenster und Innen-  
auslagen, Ihre Erwartungen werden übertroffen sein.

Nützen Sie diese einzigartige Einkaufsgelegenheit aus  
und decken Sie jetzt Ihren Bedarf für die nächste Zeit!

# Barasch

Das Haus der volkstümlichen Preise

## F Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

**Strehlen**  
Kauft im  
Central-Kaufhaus Strehlen  
12365

Besucht die  
Vereinigten Lichtspiele  
12364

Max Kalka, Ring 25  
Bekleidung  
12366

Kleiderstoffe / Wäsche / Konfektion  
Fritz Grundmann, Ring 50  
12367

Man kauft gut im  
Schuhhaus Kuntze, Kl. Kirchstraße 1  
12368

**Patschkau**  
Brillen-Lieferant aller Krankenkassen  
Fachmännische Bedienung  
Optiker PHIL SCHUBERT, Ring 16  
Schleifer mit Motorbetrieb  
12313

12316 Brot-, Weiss- und Feinbäckerei  
ERNST WISCHKA, Frankensteiner Str. 47

**Stadt-Apotheke**  
Ring 13  
12317

Mehl und Kolonialwaren  
12318 ALFRED GIERSIG, Ring 201

Roßschlächtere P. IMMIG  
Breslauer Str. 108  
12319

Paul Neumann 12320  
Damen- u. Herrenkonfektion, Manufakturwaren  
Wäsche, Trikotagen. Einkaufsquelle der Arbeiter

**Hausfrauen** Kauft Kolonialwaren, Haus-  
Rüchengeräte, Schuhe usw. bei  
EMIL WISTUBA  
Reußere Glatzer Straße 45  
12321

**Schweidnitz**  
W. Tönsmann, Grabenstraße 1  
Motorräder, Fahrräder, Grammophone  
Lage von circa 300 Merkantil-  
Kinderwagen  
12371

**Rothenbach**  
Kauft im Schuhhaus  
ASSMANN, Hauptstraße 30  
12369

A. Koehler, Inh. Paul Rennoch  
Nr. 24  
Feinbrot, Lebensmittel, Haus- und Küchen-  
geräte, Eiswaren, Leder  
12367

**Dittersbach**  
HOCHWALD-DROGERIEN  
Hauptstraße 67a und 123  
12391

**Nieder-Salzbrunn**  
Lebensmittel, Kolonialwaren, Zigarren, Spirituosen / Robert Bernhard Nachf. (Hg.)  
Waldenburger Straße 37  
12369

**Ohlau**  
Nähmaschinen :: Fahrräder  
Paul Frost, Breslauer Chaussee 3  
12360

Ludwig Glogowski  
Modewaren, Ring 26  
12361

Biervergelag und Ausschank  
Adolf Jawiersch, Ring 12  
12342

**ENGEL-DROGERIE**  
Mälzerstraße 8  
12343

Karl Rossdentscher, Breslauer Str. 3  
Hüte / Mützen / Herrenartikel  
12344

G. Lustig, Breslauer Straße 6  
Herren- und Knabenbekleidung  
Schuhe / Wäsche / Trikotagen  
12345

Feinkosthaus  
Ang. Unverricht Nachf.  
Kaffee-Großbroterei — Kolonialwaren  
Grottkauer Straße 1  
12346

**Pelsterwitz**  
Breslauer Kaufhaus, Inh. P. Schleif  
Wäsche, Weißwaren, Bettfedern und Isolierte  
Hauptstraße 73  
12378

Max Kuhnert  
Hauptstraße 90  
Fleisch 12877  
u. Wurstwaren  
Einkaufsquelle  
der Arbeiter  
Reserviert

**KAUFHAUS TONDYGRUCH**  
Hauptstraße 89  
Die Einkaufsquelle der organisierten Arbeiter  
12379

**Friedland O.-S.**  
Otto Herrmann, Töpferstraße 44  
Kurz-, Weiß- und Wollwaren  
12311

**Julienenthal** Bezirk Breslau  
„RAUTENKRANZ“  
das Verkehrslokal der Arbeiter  
12312

**Friedland** Bez. Oppeln  
Möbelhaus  
FRITZ SCHUBERT  
Liefert zu günstigen Zahlungsbedingungen  
12307

Julius Segner's Nachf. M. Hartmann, Kolonial-  
waren, Schuhwaren — Braumauer Straße 18  
12306

Reserviert für  
Tschersich  
12305

**Kozenau**  
Fahrräder / Nähmaschinen / Ersatzteile  
Reparaturwerkstatt  
Alfred Münch, Bahnhofstraße 7  
12383

Kaufhaus Hermann Krause  
Manufaktur, Modewaren und Konfektion  
12387

**Glogau**  
SCHÖNBORN  
Friedrichs Straße 40/41  
reinst  
12386

EMIL WINKLER  
Lange Straße 21  
Kolonial- und Tabakwaren  
12383

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei  
ERICH LINDNER  
Lange Straße 17  
12382

K. Maiwald  
Mühlstraße 1  
Zigaretten 12385  
Zigarren, Tabake  
Herren- und  
Knabenbekleid.  
Adolf 12370  
Kreutzberger  
Markt 18

Alfred Jensen  
Mälzerstraße, Ecke Mohrenstraße  
Damenhüte / Trauerkonfektion  
12381

PAUL KURZKE  
Mälzerstraße 41  
Schuhwaren aller Art  
12380

**Pietrkowski**  
Seit 35 Jahren Qualitätswaren  
immer am billigsten  
12379

Reserviert 318  
12378

Reserviert 1001  
12377

**Waldenburg-Sandberg**  
Sandberger Kaufhaus  
Inh. August Bulla / Waldenburger Str. 17  
12304

Im Kaufhaus W. Rahmer  
Friedländer Straße 28  
kauft man gut und billig  
12302

**Waldenburg**  
Möbelhaus Fischer  
Hermannstraße 40  
Neu eröffnet!  
12303

**Nied.-Hernsdorf**  
Kauft bei  
SCHÄFFER, Glückaufstraße 21  
12397

IDA ZWIENER / Hauptstraße 29  
Reise- u. Partiewaren — Bettfedern  
Kaisersberg  
12396

**Gottesberg**  
ARBEITER  
kauft eure Kolonialwaren,  
Zigarren und Spirituosen bei  
PAUL FEIGE  
Gottesberg, Grüssauer Straße 4  
Filiale Friedland  
12371

Obst, Gemüse, Südfrüchte,  
Molkereiprodukte  
Rudolf Hondl, Niederstr. 36  
12372

GUSTAV STELZER, Mittelstr. 23  
Filiale Fürstensteiner Straße  
ff. Fleisch- und Wurstwaren  
12308

Kunstglaserei und Wirtschaftsartikel  
Walter Beck, Markt 9  
12373

EDUARD GOERSCH  
Buchbinderei u. Papierhandlung  
Markt Nr. 16  
12374

Verkehrslokal  
„DEUTSCHE HALLE“  
Topfmarkt  
12375

ff. Roßfleisch und Wurstwaren  
KARL MARTIN, Filiale Friedland  
Fürstensteiner Straße 33  
12376

Möbel, reell und preiswert  
G. Thient, Inh. Fr. Franke  
Fürstensteiner Straße 19  
12377

TRINKT MILCH  
aus der Gottesberger Molkerei  
Schützenstraße Nr. 12  
12346

Gut und billig kaufen Sie in  
RÖFFERS RESTEHAUS  
Inh. E. Schmidt, Bahnhofstraße 45  
12347

Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren  
Fürstensteiner Straße 38  
12348

Reserviert 29  
12349

**Wüsteglersdorf**  
WILHELM HAIN, Schuhmachermeister  
Maßanfertigung und Reparaturwerkstatt  
Hauptstraße 9  
12301

GOTTHARD GILLERT  
Hauptstraße 19  
Kolonialwaren, Weine, Spirituosen  
12300

GEORG WIESNER / Auenstraße 6  
Lebensmittel — Feinkost  
Landesprodukte  
12399

Schützenhaus Kaltwasser  
Beliebte Ausfluglokal  
Sonntags Taus  
12358

**Wüsteglersdorf**  
Schuhhaus Eduard Scholz  
vormals E. Scholz Erben  
12370

Ältest. Uhrenhaus  
Albert Fischer  
Hauptstr. 55  
12365

Ernst Kramer  
ff. Fleisch- und  
Wurstwaren  
Hauptstrasse 60  
12363

Paul Scholz, Schlossermeister  
Fabrikanten, Nähmaschinen und Reparatur-  
werkstatt  
Hauptstraße 77  
12362

GASTHOF ZUM HOFFNUNG  
Jeden Sonntag große Tanzveranst.  
Hauptstraße 91  
12364

Brot- und Feinbäckerei  
Bruno Kinze, Hauptstraße 85  
12363

**Ober-Wüsteglersdorf**  
Leinen- und Baumwollwaren  
kaufen Händler und Private probiert in  
Wüsteglersdorf  
Leinenhaus E. WUNSCH  
Eigene Fabrikation  
12360

Kolonialwaren, Spirituosen, Tabake  
Adolf Stache, Hauptstraße 139  
12359

ERNST TEICHMANN  
Hauptstraße 1  
Kleiderstoffe, Bettwäsche  
Haus- und Küchenwäsche  
Trikotagen  
12361

**Liegnitz**  
Max Futter  
Ring 9/10  
ist billig  
12391

Konditotel  
und Bäckerei  
Fritz Hocke  
Reserviert

Goldbergerstr. 26  
12388

EUGEN PASSON  
Inh. Gebrüder Boecker  
Fleischerei und Wurstfabrik  
Frauenstraße 50  
Telephon 2353  
12392

Brot- und Feinbäckerei  
ANTON KUHN  
Wilhelmstraße 11  
12390

Fleisch- und Wurstwaren  
Carl Linke  
Wohlmarkt 7  
12389